

Nur zur dienstlichen Verwendung

Auswärtiger Ausschuss
UA Globalisierung und Außenwirtschaft (3)
Wortprotokoll
29. Sitzung

Berlin, den 18.03.2009, 14:00 bis 17:30 Uhr
Sitzungsort: PLH

Sitzungssaal: 2.800

Vorsitz: Erich G. Fritz, MdB

TAGESORDNUNG:

Thema der öffentlichen Anhörung:

Internationale Organisationen als Bausteine von Global Governance, unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Finanzmarktkrisen

Eingeladene Sachverständige:

- **Dr. Rolf Alter**, Stabschef des OECD-Generalsekretärs
- **Dr. Heribert Dieter**, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Forschungsgruppe Globale Fragen
- **Prof. Dr. Henrik Enderlein**, Hertie School of Governance
- **Dr. Susan George**, Politikwissenschaftlerin und Schriftstellerin
- **Prof. Dr. Susanne Lütz**, FU Berlin, Internationale Politische Ökonomie
- **Dr. Dirk Solte**, Ökonom, stellv. Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW/n Ulm)
- **Prof. Dr. Christian Tomuschat**, Professor für Öffentliches Recht, u.a. Völker- und Europarecht

Der Vorsitzende: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Anzuhörende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Anhörung des Unterausschusses Globalisierung und Außenwirtschaft. Wir sind ein Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses und deshalb befinden Sie sich hier auch im Sitzungssaal des Auswärtigen Ausschusses und haben den besten Blick auf den Reichstag. Ich hoffe aber, dass Sie nicht dazu kommen werden, den Ausblick zu genießen, weil das Thema, mit dem wir uns heute beschäftigen, unsere ganze Aufmerksamkeit fesseln wird.

Dieser Unterausschuss Globalisierung und Außenwirtschaft versucht die auswärtige, die internationale Agenda der Bundesregierung zu verfolgen. Wir fühlen uns in diesem Unterausschuss ein Stück weit als Kontrolle der Regierung, aber auch als ein Bereich, in dem fächerübergreifend zu der Entstehung einer möglichst kohärenten Politik beigetragen wird, denn der Unterausschuss ist aus unterschiedlichen Ausschüssen zusammengesetzt. Deshalb ist die Frage, wie Regieren durch die Nationalstaaten und durch internationale Organisationen geschehen kann, für uns immer wieder ein Thema, auch bei der Behandlung von Einzelthemen der internationalen Politik.

Viele haben die Vorstellung, „Global Governance“ – und dies ist ja das Thema, zu dem wir Sie eingeladen haben - müsse kurz und bündig auf einer Folie in einem Organigramm darstellbar sein und dann wisse man, wer wofür zuständig sei, welche Kompetenzen er habe, welche Durchgriffsmöglichkeiten und wie das in Einklang zu bringen ist mit regionalen und nationalen Verfassungen. Dass dem nicht so ist, ist

glaube ich allen klar. Es ist vielmehr ein sehr heterogenes Gebilde aus unterschiedlich starken, unterschiedlich legitimierten, unterschiedlich zugriffsfähigen Institutionen, ergänzt und zum Teil getrieben, zum Teil gebremst durch unterschiedlich zusammengesetzte Mitgliedschaften, durch informelle Gruppierungen, Pressure Groups, Nichtregierungseinflüsse etc. etc. Nationale Interessen wollen wir gar nicht ansprechen.

Und deshalb sind wir sehr gespannt auf das, was Sie uns heute vortragen werden. Sie kennen den Fragenkatalog. Wir wollten die Anhörung in zwei Teile einteilen. In einen eher allgemeinen Teil über die Frage, in welchem Zustand das Institutionengefüge ist und wie in diesem Augenblick des furchtbaren Moments der Krise die Diskussionen über deren Vervollständigung ist. Und in einem zweiten Teil wollen wir etwas konkreter auf die gegenwärtige Situation eingehen, die Finanzkrise und ihre Folgen. Auch wollen wir der Frage nachgehen, wo denn hier Lösungsansätze und Veränderungsmöglichkeiten sind. Ich darf für die Kollegen noch sagen, dass ich mich dafür bedanke, dass Sie zugestimmt haben, im letzten Augenblick Herrn Dr. Alter von der OECD dazuzuladen. Wer einen Blick in diese Unterlage geworfen hat, der weiß, dass das so gut zu unserem Thema passte, und dass es schade gewesen wäre, ihn nicht dabei zu haben.

Ich würde gerne die Anhörung beginnen mit Statements. Ich will Ihnen keine Zeit vorgeben, aber Sie können leicht ausrechnen, dass es keine Referate sein können, da wir bis 17 Uhr für beide Teile Zeit haben.. Ich würde Herrn Prof. Tomuschat bitten zu beginnen. Bitte schön!

Prof. Dr. Christian Tomuschat: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, ich bedanke mich für die Einladung. Ich darf noch einmal sagen, was ich in einer vorgängigen Korrespondenz zum Ausdruck gebracht hatte, nämlich dass ich mich nicht als einen Spezialisten des internationalen Wirtschaftsrechts betrachte. Meine Erfahrungen liegen insbesondere auf dem Gebiet des allgemeinen Rechts, auch der internationalen Organisationen und des Menschenrechtsschutzes. Immerhin habe ich gewisse Einblicke gewonnen, ich habe als Experte gearbeitet für die UNO, den Europarat, die Europäische Gemeinschaft und schließlich auch für die KSZE. Nun versuche ich ganz kurze Antworten auf die gestellten Fragen zu geben.

Frage Eins: Zusammenarbeit zwischen den internationalen Organisationen.

Es gibt bekanntlich in der heutigen Welt eine riesige Anzahl an internationalen Organisationen. Die Zahl wird mit etwa 250 angegeben. Hinsichtlich ihrer Rechtsgrundlagen und ihrer Aufgabenbereiche sind sie höchst unterschiedlich. Es lässt sich deshalb eine generelle Aussage über die zwischen ihnen stattfindende

Zusammenarbeit kaum machen. Es liegt vor allen Dingen auf der Hand, dass im wirtschaftlichen und im finanziellen Sektor sowie in der Entwicklungshilfe eine Zusammenarbeit zwischen den zuständigen internationalen Organisationen notwendig ist, da ja insoweit gleiche Ziele verfolgt werden.

Nun speziell zur Weltbank und zum IWF. Diese beiden Bretton-Woods-Institutionen haben im Grundsatz unterschiedliche Aufgaben. Der IWF leistet seinen Mitgliedern im makroökonomischen Bereich durch die Gewährung von Finanzhilfen vor allem bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten Beistand. Die Arbeit ist insofern eher kurzfristiger Natur. Die Weltbank hingegen verfolgt langfristige Entwicklungsziele durch die Förderung konkreter Einzelprojekte. Auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung überschneiden sich die Arbeitsbereiche. Weltbank und IWF sind sich der Notwendigkeit der Abstimmung ihrer Tätigkeit durchaus bewusst. Im März 2006 wurde ein Ausschuss zur Überprüfung der Strukturen dieser Zusammenarbeit eingesetzt, der im Februar 2007 einen ausführlichen Bericht vorgelegt hat, den so genannten „Malan-Bericht“.

Frage Zwei: Koordination der Arbeit und Stärkung der Legitimität.

Seitdem es internationale Organisation auf wirtschaftlichem Gebiet gibt, wird routinemäßig über eine bessere Abstimmung ihrer Arbeit gesprochen. Es ist nicht leicht, grundlegende Veränderungen herbeizuführen. Zu beachten ist dabei, dass die UN-Sonderorganisationen selbstständige Rechtsträger sind. Zwar sollen sie vom ECOSOC, also dem Wirtschafts- und Sozialrat unter der Aufsicht der Generalversammlung, koordiniert werden; sie beruhen jedoch sämtlich auf völkerrechtlichen Verträgen, welche ihre Zuständigkeit definieren. Von diesen vertraglichen Festlegungen können sie sich nicht ohne weiteres lösen, obwohl die einschlägigen Formulierungen durchweg recht weit gefasst sind.

Zu einer gewissen Krisenerscheinung ist es in der Vergangenheit in der Behandlung von Südafrika gekommen, als die Generalversammlung immer wieder forderte, die Anti-Apartheid-Politik der Generalversammlung müsse auch in den Sonderorganisationen IWF und Weltbank akzeptiert werden, was diese beiden Institutionen seinerzeit abgelehnt haben.

Ich würde abraten von Plänen, neue internationale Organisationen zu schaffen. Es geht meines Erachtens gerade in der jetzigen Krise darum, die vorhandenen internationalen Organisationen besser miteinander zu koordinieren. Dabei sollte die Trennung der Zuständigkeiten Vorrang haben. Zusammenarbeit kann sehr leicht zu Doppelarbeit führen. Sie ist auch kostenaufwendig. Das Verbot der Mischverwaltung

im Grundgesetz hat einen sehr handfesten Hintergrund, der auch auf internationaler Ebene beachtet werden sollte.

Etwas anderes ist es natürlich, wenn man sich auf gemeinsame, materielle Grundsätze einigt, wie das im Augenblick geplant ist. Denn die Prinzipien der so genannten neuen Weltwirtschaftsordnung, die ein Programm der Dritten Welt waren, sind bekanntlich in der Versenkung verschwunden. Demokratische Legitimität, die speziell im europäischen Integrationsprozess eine große Rolle spielt, lässt sich auf weltweiter Ebene durch parlamentsähnliche Strukturen nicht sichern. Es kann meines Erachtens kein Weltfinanzparlament, etwa für die Bretton-Woods Institutionen, geben.

Bei den Sonderorganisationen lässt sich verstärkte demokratische Legitimität alleine durch die stärkere Beaufsichtigung der nationalen Repräsentanten durch die nationalen Parlamente sichern. Aber auch insofern darf nicht übersehen werden, dass in einer internationalen Organisation mit 185 Mitgliedern die Konsenssuche stets vorrangig sein muss. Kein Land darf glauben, seine Politik im IWF oder der Weltbank einseitig nach seinen Wünschen durchsetzen zu können.

Frage Drei: Neue Ordnungen.

Die multilateralen Entscheidungsstrukturen in IWF und Weltbank bedürfen meines Erachtens keiner grundsätzlichen Neuordnung. Das Ordnungsprinzip, wonach sich das Stimmengewicht nach der Kapitalanlage richtet, hat sich bewährt. Eine Demokratisierung nach dem Leitbild „one state, one vote“, wie es in der Generalversammlung herrscht, würde den notwendigen Zusammenhang zwischen Anspruch und Leistung zerstören. Der Westen hat zwar immer noch ein hohes Stimmgewicht, doch hat sich dieses im Laufe der letzten Jahrzehnte fortlaufend zugunsten der Dritten Welt verschoben. Eine Überprüfung der Quoten findet im Übrigen alle fünf Jahre statt.

Die wahre Frage lautet meines Erachtens, ob sämtliche Felder, in denen es einer internationalen Regulierung bedürfte, durch ein Rechtsregime abgedeckt sind. Das ist vor allem hinsichtlich der internationalen Finanzströme nicht der Fall. Eine nicht unerhebliche Rolle spielt insofern die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, die zur Sicherung der Bankenstabilität Richtlinien erarbeitet hat: Basel I 1988 und Basel II. Die BIZ hat aber die Rechtsform einer Aktiengesellschaft; auch ihr Mitgliederstamm ist mit 55 Mitgliedern relativ bescheiden. Sie hat anders als die Instanzen der EU kein Recht zur Sekundärgesetzgebung. Aber die dort getroffenen Absprachen der Zentralbanken können indirekt einen großen Einfluss ausüben. Leider haben ganz offensichtlich die Richtlinien der BIZ die gegenwärtige

Weltfinanzkrise nicht verhindern können. Ich bemerke ergänzend, dass es auch auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts eine weltweit zuständige Behörde nicht gibt.

Viertens: Bedeutung der Schwellenländer.

Es liegt meines Erachtens auf der Hand, dass die Schwellenländer in die Entscheidungsprozesse auf internationaler Ebene einbezogen werden müssen. Da sie im Welthandel eine immer stärkere Rolle spielen, kann man ihnen nicht verwehren, ihre Stimmen einzubringen, wenn es um die Gestaltung der Rahmenbedingungen geht. Schon heute sind Brasilien und Indien im IWF und der Weltbank gewichtige Akteure. Der Stimmenanteil Brasiliens liegt bei 1,38 Prozent, Indien vereint 1,89 Prozent auf sich, während China bei 3,66 Prozent liegt und damit Italien schon überholt hat. Es lässt sich also wohl nicht sagen, dass insoweit ein Nachholbedarf bestehe, aber das muss von Experten noch einmal überprüft werden.

Die Frage stellt sich natürlich, ob der wachsende Einfluss der Dritten Welt auch zu einer Revision der Gipfeltreffen der G8 führen muss. Dazu will ich mich nicht näher äußern, denn das ist im Wesentlichen eine politische Frage.

Fünftens: Rolle der Entwicklungsländer.

Die Entwicklungsländer sind nicht gehindert, schon heute im Hinblick auf alle weltwirtschaftlichen Fragen ihre Stimme zu erheben. Aber es ist selbstverständlich, dass das tatsächliche Schwergewicht der traditionellen, westlichen Länder ein Faktum ist, das nicht aus der Welt geschafft werden kann. Es wäre illusionär zu glauben, man könne ein Weltwirtschaftssystem kreieren, das ausschließlich vom Gedanken der internationalen Solidarität beherrscht werde. Und ich betone: ausschließlich! Natürlich gibt es viele Elemente der Solidarität, die sich in den vielfältigen Bemühungen der Entwicklungshilfe zeigen. Dennoch aber verfolgen alle Staaten Primärziele des Eigennutzes. Glücklicherweise hat sich mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt, dass eigennützige Ziele am Besten in einer langfristigen Perspektive erreicht werden können. Das Wohlergehen der ärmeren Länder dient langfristig auch den Interessen der reicheren Länder.

Frage Sechs –abschließend-

Aller Voraussicht nach wird es nicht gelingen, neue multilaterale Übereinkommen mit einem weitreichenden Ordnungsanspruch zustande zu bringen. In einer Welt mit 192 Staaten scheint es fast unmöglich, innerhalb absehbarer Zeiträume für neue Vertragswerke eine universelle Mitgliedschaft zu gewinnen. Symptomatisch erscheint insoweit das UN-Seerechtsübereinkommen, das über ein Vierteljahrhundert nach

seiner Annahme heute erst 157 Ratifikationen verzeichnet. Nach wie vor hält sich etwa ein Sechstel der Staaten der Welt abseits, unter ihnen auch die USA.

Vor allem wenn man kurzfristig oder mittelfristig Erfolge erzielen will, sollte man die bestehenden Strukturen nutzen, die sämtlich ein hohes Maß an Flexibilität aufweisen. In den bestehenden Sonderorganisationen steckt ein hohes Aktivierungspotenzial, das erkannt und ausgenutzt werden sollte.

Wenig sinnvoll erscheint es mir, die vielfältigen regionalen Initiativen in ein multilaterales Ordnungssystem integrieren zu wollen. Gerade die Entwicklung der regionalen Initiativen entspricht dem Subsidiaritätsprinzip, auf das speziell Deutschland in der EU immer so hohen Wert gelegt hat. Der Versuch, eine Weltwirtschaftsregierung einzusetzen, würde lediglich zu hohen Reibungsverlusten führen. Es gibt heute schon Modelle, die zeigen, wie fruchtbar die regionalen Initiativen sind. So arbeiten die regionalen Entwicklungsbanken aufs engste mit IWF und Weltbank zusammen und sind in der Lage, sehr viel einfühlsamer auf die besonderen Bedürfnisse der Länder ihrer Region einzugehen als es eine weltweite Institution vermöchte. Danke!

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Professor Tomuschat. Als nächster ist Herr Dr. Heribert Dieter an der Reihe.

Dr. Heribert Dieter: Schönen Dank, Herr Vorsitzender, auch für die Einladung hier heute in den Unterausschuss. Ich möchte mich ähnlich wie Herr Tomuschat an Ihrem Fragenkatalog orientieren und beginne mit einer Bestandsaufnahme, wie die bisherige Zusammenarbeit internationaler Organisationen im Bereich von Economic Governance zu bewerten ist.

Ich werde mich auf die drei Institutionen WTO, IWF und Weltbank konzentrieren. Hier lässt sich relativ klar diagnostizieren, dass es zwischen dem IWF und der Weltbank eine vergleichsweise gute Zusammenarbeit gibt. Weniger gut ist die Zusammenarbeit mit der Welthandelsorganisation WTO. Insgesamt aber glaube ich, dass alle drei Organisationen hinsichtlich Global Economic Governance der Neuordnung bedürfen.

Ich beginne mit dem unproblematischsten Fall, der WTO. Bei der WTO haben wir zumindest im Vergleich zum IWF und zur Weltbank ein deutlich geringer ausgeprägtes Legitimationsproblem als im Fond und in der Weltbank. Wir haben aber in der WTO, in dieser von Mitgliedern getragenen Organisation, das Problem, dass es außerordentlich schwer ist, einen Konsens zwischen diesen 153 Mitgliedsländern zu finden. Ich weise bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass es einen Anhaltspunkt auf die Größe der Schwierigkeiten gibt, die wir im internationalen

Raum haben einen Konsens zu finden, wenn wir noch nicht einmal in der Lage sind, die Doha-Runde zu beenden. Ich möchte also vor allzu großen Erwartungen an eine neue Institution und an neue Kooperationsformen vor diesem Hintergrund warnen.

Im IWF haben wir andere Schwierigkeiten. Dort haben wir ein gravierendes Legitimationsproblem. Ich würde hier eine andere Position vertreten als Herr Tomuschat. Wir haben im IWF nach wie vor die Situation, dass die transatlantischen Akteure die Politik des IWF bestimmen, von der Politik des IWF aber gar nicht betroffen sind. Der IWF macht Programme, die vorwiegend in ärmeren Ländern zur Anwendung gebracht werden. In den USA und der Europäischen Union hat der IWF keine besonders große Bedeutung.

Wir sehen das in der aktuellen Diskussion darum, wer vor der aktuellen Krise die Warnung des IWF zur Kenntnis genommen hat. Wir haben auch im Vorfeld der Krise, als es um Neuordnung im IWF ging, die eine oder andere Diskussion gehört. Die westlichen Industrieländer sagen, dass sie mächtiger und wichtiger sind und deswegen auch mehr Stimmen im IWF brauchen. Als er noch Finanzminister der Vereinigten Staaten war, hat Larry Summers gesagt: „The international monetary fund is indispensable.“ Das war bei einer Anhörung im Kongress. „The international monetary fund is indispensable and it is free of charge.“ Es kostet den amerikanischen Steuerzahler nichts, weil die Programme des IWF in der Regel von denjenigen, die die Kredite bekommen, bezahlt werden. Das heißt, der IWF finanziert oder besser finanzierte sich aus dem Zinsüberschuss. Vor diesem Hintergrund ist das Argument, dass die westlichen bzw. die transatlantischen Mächte die Risikoträger seien, nicht besonders überzeugend.

Im Hinblick auf die Rolle der Entwicklungs- und Schwellenländer müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass sich die Dinge in den letzten Jahren gravierender geändert haben, als das in der Öffentlichkeit bislang zur Kenntnis genommen wird. Insbesondere China ist nicht nur ein wichtiger Akteur in der Weltwirtschaft, sondern im Jahr 2009 vielleicht der wichtigste Akteur in der Weltwirtschaft; die einzige größere Ökonomie, die nennenswertes Wachstum aufweisen wird. Ich bin gerade in den letzten Tagen auf eine Meldung im Handelsblatt gestoßen, in der es um die Frage ging, wie sicher chinesische Anlagen in den USA sind. Der chinesische Premierminister sagte: „Ich fordere die USA auf, ihre Kreditwürdigkeit zu bewahren und die Sicherheit der chinesischen Anlagen zu garantieren.“ Das ist schon bemerkenswert genug. Noch bemerkenswerter ist, dass Präsident Obama auf diese Bemerkung des chinesischen Premiers reagiert und ihm versichert hat, dass chinesische Anlagen in den USA sicher seien. Das belegt ganz eindeutig, dass die USA heute am Tropf Chinas hängen, und dass sich die Gewichte in der

Weltwirtschaft in einem Maße verschoben haben, welches wir noch nicht in voller Tragweite erfasst haben. Die neuen Akteure sind keine Randfiguren der Weltwirtschaft mehr, sondern befinden sich im Zentrum der Weltwirtschaft. An dieser Tatsache müssen sich alle Reformbedingungen orientieren.

Wenn man nun über neue Regime redet – hier habe ich in etwa die gleiche Einschätzung wie Herr Tomuschat –, muss man zunächst einmal die Frage stellen, wer überhaupt neue globale Regime und eine neue multilaterale Ordnung unterstützt. Ich sehe momentan nur sehr wenige. Zwar gibt es hier und dort rhetorische Unterstützung, aber es gibt vergleichsweise wenige Akteure, die die Forderungen nach mehr Global Economic Governance tragen.

Lassen Sie mich einige wichtige Akteure betrachten. Die USA bleiben unter Obama multilateralen Lösungen gegenüber skeptisch, was nicht überraschend ist. Ich hatte schon darauf hingewiesen, dass die USA auch mit Präsident Obama nicht bereit sind, die Doha-Runde zu einem Abschluss zu bringen. Das heißt, die hohen Erwartungen, die man hier und dort - vielleicht in Europa mehr als in den USA - an Präsident Obama hatte, erscheinen doch etwas überzogen.

Und ich weise noch einmal darauf hin, dass, wenn man es schon nicht schafft, die Doha-Runde zu einem Abschluss zu bringen, man sich fragen muss, wie es gelingen soll, beispielsweise im Hinblick auf die Neuordnung der internationalen Finanzmärkte einen Konsens zu erzielen. Ich bin deshalb auch relativ skeptisch, was den Gipfel der G20 in London in zwei Wochen angeht. Man wird vermutlich nicht mehr erreichen können als die Bereitschaft, den Konsens weiter zu besprechen, aber man wird keine umfassenden Regulierungskonzepte beschließen.

Ich bin sehr skeptisch, was die Position der USA angeht, einem neuen internationalen Regime im Hinblick auf die eigene Ökonomie Sanktionsrechte zu geben. Ich glaube nicht, dass der Kongress solch einem Regime zustimmen würde; egal ob das der IWF ist oder irgendeine andere Institution, die die Souveränität Amerikas beschränken würde. Und wenn die Amerikaner die Zustimmung zu einem solchen Projekt verweigern, dann werden es die Chinesen und andere Akteure auch tun, denn die USA setzen hier vermutlich die Standards.

Im Hinblick auf China sollten wir zunächst einmal zur Kenntnis nehmen, dass die Chinesen die existierende Ordnung bislang unterstützt und sich auch innerhalb der existierenden Ordnung bewegt haben. Das gilt für die WTO und ein Stück weit auch für den Internationalen Währungsfond. In den letzten Wochen gab es jedoch sehr deutliche Äußerungen der chinesischen Regierung, die betonte, dass sie eine Aufstockung der Mittel des IWF nur dann unterstützen werde, wenn es zu einer

gravierenden Neuordnung des IWF kommt. Die Forderung Europas, zunächst mehr Mittel für den IWF bereit zu stellen, und erst später über eine Neuordnung der Stimmrechte zu sprechen, ist somit von der chinesischen Regierung bereits explizit abgelehnt worden.

An dieser Stelle müsste man fragen, wie denn solch eine strukturelle Reform aussehen. Ich meine, dass es auch notwendig wäre, das eine oder andere Symbol zu setzen. Das heißt, die Frage, ob der Internationale Währungsfond in Washington bleiben muss oder ob es nicht sinnvoller wäre, den Internationalen Währungsfond in ein anderes Land zu verlagern, darf an dieser Stelle gestellt werden.

Insgesamt denke ich, dass es wenig Sinn hat, China am Katzentisch zu belassen. Ich denke, das geht schon aus den Ausführungen, die ich bis jetzt gemacht habe, relativ klar hervor. China befindet sich im Zentrum der Weltwirtschaft und nicht am Rande und jedwede Diskussion um die Neuordnung der internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen ohne China erscheint mir vergleichsweise absurd.

Zur Europäischen Union: Es ist nun auch hier im Hause keine Neuigkeit, wenn ich sage, dass die EU sich selbst als ein vergleichsweise uneigennütziger, multilaterale Institutionen unterstützender Akteur versteht. Man muss aber doch bei der Gelegenheit fragen, wie weit die Bereitschaft der Europäischen Union multilaterale Institutionen zu unterstützen tatsächlich geht. In Bezug auf die WTO kann man sicherlich von einer sehr starken Unterstützung durch die Europäische Union sprechen. Bei den Finanzinstitutionen bin ich da nicht so sicher. Bislang hat die Europäische Union es verweigert, auf angestammte Privilegien zu verzichten. Bislang haben die Europäische Union und auch die Bundesbank immer darauf verwiesen, dass es nicht sinnvoll ist, auf Stimmrechte zu verzichten. Der Europäischen Union, um das ein wenig zugespitzt zu formulieren, fällt es sehr viel leichter, die USA zu kritisieren, als selbst Reformen zu initiieren und dabei auf Rechte zu verzichten.

Sehen Sie mir diesen etwas harten Satz nach, aber gerade in Bezug auf die internationalen Finanzmärkte und auf die Institutionen haben wir in den letzten Jahren uns eher mit der Verteilung der Chefposten und weniger mit den Inhalten beschäftigt. Wir haben uns weniger mit der Kreditvergabepolitik des IWF beschäftigt als mit dem Top-Job und wer diesen Top-Job besetzen soll.

Ein weiterer Punkt, den ich bei dieser Gelegenheit ansprechen möchte, ist die Frage, wie die Länder der Europäischen Union auf die gegenwärtige Krise reagieren. Ich bin überrascht, dass auch Mitgliedsländer der Europäischen Union auf Hilfe des Internationalen Währungsfonds angewiesen sind. Ich hätte vor der Krise vermutet, dass es

eine europäische Lösung geben muss; nämlich dass, wenn ein Mitgliedsland der Europäischen Union in finanzielle Schwierigkeiten gerät, die Europäische Union dies selber regeln wird, ohne den IWF zur Hilfe zu nehmen. Aber hier lag ich falsch und ich glaube nicht, dass das ein besonders zukunftsweisender Weg ist.

Zum Teil Zwei möchte ich an dieser Stelle noch nicht Stellung nehmen, sondern hier schließen und dann später fortfahren. Danke.

Der Vorsitzende: Danke Ihnen, Herr Dr. Dieter. Jetzt gebe ich das Wort an Frau Dr. Susan George, bitte schön.

Dr. Susan George (*deutsche Übersetzung*): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und ganz herzlichen Dank an die anderen Mitglieder des Unterausschusses. Ich möchte mich auf die Bretton Woods Institutionen und die WTO konzentrieren. Auch ich werde versuchen alle Fragen zu beantworten, wenngleich ich nicht für alle in gleichem Maße zuständig bin. Dabei möchte ich mich auf die letzte Frage innerhalb des ersten Teiles konzentrieren – Klimakrise, Finanzkrise, Welternährungskrise. Wie wird hier die globale Bereitschaft zu multilateralen Übereinkommen und zur weiteren Zusammenarbeit eingeschätzt? Hier möchte ich mit Ihrer Erlaubnis vielleicht das Mandat etwas erweitern.

Die Finanzkrise steht momentan im Zentrum der Aufmerksamkeit und das ist auch nachvollziehbar, da sie Auswirkungen auf die Realwirtschaft hat und die Bevölkerung maßgeblich beeinträchtigt. Aber die Finanzkrise hat auch dazu geführt, dass die Aufmerksamkeit abgelenkt worden ist von der schlimmsten Krise überhaupt, nämlich der Klimakrise. Viele Politiker und andere Entscheidungsträger befassen sich nicht mehr so intensiv mit der Klimakrise, wie es eigentlich notwendig wäre. Dies ist kein kurzfristiges Thema, sondern ein Thema, das uns alle beschäftigen sollte. Ich denke, es gibt immer weitere Hinweise und Belege dafür, dass der Klimawandel stattfindet. Dazu gibt es immer neue wissenschaftliche Studien.

Man muss hier die Frage stellen, wie die verschiedenen internationalen Institutionen mit diesen diversen Krisen – Finanzkrise, Klimakrise und Welternährungskrise – umgehen, wie in Frage 6 a Ihres Fragebogens gefragt wird. Lassen Sie mich zunächst, mit Blick auf die bisherige Arbeit der einschlägigen internationalen Organisationen, etwas Bilanz ziehen.

Die Weltbank hat seit 2002 zusammen mit der internationalen Finanzkooperation acht Milliarden-Kredite für die Unterstützung fossiler Brennstofftechniken vergeben. Im Bereich Landwirtschaft sind die Aktivitäten von 23 Prozent auf 17 Prozent gesenkt worden, das heißt es ist ein starker Rückgang im landwirtschaftlichen Bereich zu

verzeichnen. Auch im Bereich innovativer Sonnen- und Windenergietechnik wurden die Gelder zugunsten anderer Projekte zurückgefahren; die Investitionen zugunsten alternativer Energiequellen sind auf fast Null zurückgefahren worden, während die Nichtregierungsorganisationen stets gesagt haben, dass - wenn in alternative Energien investiert würde - die Kosten hätten reduziert werden können und wir heute eine ganz andere Situation mit Blick auf die fossilen Brennstoffe hätten.

Dann zum IWF: Der IWF hat zusammen mit der Weltbank seit Anfang der 80er Jahre, zunächst aufgrund der Finanzkrise in Mexiko 1982, die sogenannten Strukturanpassungsprogramme unter dem Stichwort Washington Konsens ins Leben gerufen. Das heißt weitreichende Privatisierung, Exportorientierung sowie Abbau der staatlichen Intervention in vielen Bereichen, in denen bis dahin der Staat aktiv gewesen war. Ich will damit nicht sagen, dass der Staat und seine Einrichtungen oder Staatsbetriebe perfekt gewesen sind, aber der IWF ist hier mit seinen strukturellen Anpassungsprogrammen, die zu sozialen Schäden und negativen Auswirkungen geführt haben, über das Ziel hinausgeschossen. Ich könnte hier Zahlen angeben, die das belegen.

Die Hungersnöte in Niger haben zum Beispiel zugenommen. Die Hungersnot 2005 in Niger war ein konkretes Ergebnis eines IWF-Strukturprogramms. Hier fehlte es zum Beispiel an Mitteln für Impfstoffe. Es fehlte an Nahrungsmittelhilfe. Das Transportwesen wurde privatisiert, was die Armut der lokalen Landwirte verstärkte. Sie hatten keinen Zugang mehr zu Krediten und zu Ernteausgleichen im Falle schlechter Ernte usw. All das hat zu dieser schlimmen Hungersnot im Jahr 2005 geführt.

Vor einigen Monaten, als Dominique Strauss-Kahn neuer IWF Direktor wurde, hat er relativ schnell festgestellt, dass der IWF über seine Verhältnisse gelebt hat und dass die Personalkosten um zehn Prozent gekürzt werden müssen. Die zehn Prozent Personalkürzungen hat er dann auch verkündet. Zudem gab es ein Angebot zu vorzeitigem Ruhestand, was von 20 Prozent des Personals angenommen wurde. Auch das ist vielleicht ein Ausdruck des Zustandes, in dem sich der IWF befand.

Viele Länder insbesondere in Lateinamerika hatten keine Lust mehr auf die Strukturanpassungsprogramme des IWF. Der IWF hat jedoch stets auf regelmäßiges Einkommen aus Lateinamerika gesetzt. Da dieses Einkommen nun ausblieb, musste die Kreditfähigkeit zurückgefahren und letztendlich auch die Personalkosten gekürzt werden. Mittlerweile hat sich die Situation jedoch dramatisch geändert. Trotz der Bilanz der Strukturanpassungsprogramme und trotz der Tatsache, dass Lateinamerika und auch viele afrikanische Länder keinen Glauben mehr in den IWF haben, trotz alledem wollen die G20 nun, wenn man den aktuellen Berichten glaubt,

100 Milliarden US-Dollar an den IWF geben, damit dieser zum Kreditgeber ultima ratio wird. Die Frage ist jedoch, wie die neuen Kredite ausgestaltet werden. Würden sie sie auf die gleichen liberalen marktgestützten Grundsätze stützen, wie die Kreditvergabe in der Vergangenheit? Hier liegt noch nichts Konkretes vor.

Bemerkenswert ist auch, dass Afrika, der ärmste Kontinent, immer noch zurückzahlt. Insbesondere Afrika südlich der Sahara zahlt jede Minute 20.000 Dollar an Schuldendienst und die Eliten in Subsahara-Afrika haben in den letzten dreißig Jahren, laut einschlägiger Studien, 420 Milliarden aus den diversen Krediten eingesteckt. Sie haben also Diebstahl begangen, um das beim Namen zu nennen. 420 Milliarden US-Dollar, die dann letztendlich in Steueroasen im Westen geflossen sind. Entweder hat der IWF die Augen davor verschlossen oder er hat es nicht wahrgenommen, was ein Zeichen von Inkompetenz wäre. Oder er wusste, dass diese 420 Milliarden gestohlen wurden, hat aber nichts dazu gesagt und hat auch nicht eingegriffen, um dies zu verhindern. Dann könnte man gar von Beihilfe, von Beihilfe zu Delikten, sprechen. Ich sehe daher nicht, warum die G20 eine solche Institution mit weiteren Millionen und Milliarden ausstatten sollten.

Dann kurz zur WTO: Die Hälfte des Welthandels läuft früher oder später über Steueroasen. Wir wissen, dass etwa zwölftausend Milliarden US-Dollar in Steueroasen geparkt werden. Wir wissen, dass die transnationalen Unternehmen, die großen multinationalen Unternehmen, die den Welthandel maßgeblich dominieren, die Chance haben, über Verrechnungspreise und Steueroasen, Steuerzahlungen zu umgehen. Das führt zu einer Verringerung des Steueraufkommens in den Nationalstaaten, da diese Firmen keine Steuern zahlen. 60 Prozent des Welthandels findet zwischen den Tochtergesellschaften ein und derselben Muttergesellschaft statt, so dass letztendlich 25 Firmen an einzelnen Produkten beteiligt sind. Auch hier öffnen sich ungeahnte Chancen zur Verrechnungspreisgestaltung. Beim GAZ ging es um die Liberalisierung der Dienstleistung. Weitergehende Liberalisierung scheint mir kein gutes Rezept zu sein für eine bessere Aufsicht über die multinationalen Unternehmen, Versicherungs- und sonstigen Finanzierungsgesellschaften.

Die WTO hat endlose Abkommen mit hunderttausend Seiten geschlossen, aber in keinem dieser Übereinkommen ist von Standards für Arbeitsplätze oder von Umweltschutz die Rede. Die Finanzkrise, die Ernährungskrise und die Klimakrise eröffnen aber auch eine enorme Chance für einen Wandel, eine Chance für Veränderungen zugunsten der Bevölkerung der Erde überhaupt, insbesondere für die Menschen im Süden, die in den Jahrzehnten neoliberaler Politik vernachlässigt wurden. Jetzt ist es an der Zeit, kühn und mutig zu sein. Es ist nicht „business as usual“ angesagt.

Wenn ich etwas zu sagen hätte, würde ich die Weltbank beauftragen, umweltfreundliche Produkte im Landwirtschafts- und Lebensmittelbereich zu fördern. Weiterhin muss Lebensmittelsicherheit gewährleistet werden, um weitere Krisen in diesem Bereich zu verhindern. Außerdem geht es um den Schutz der Wälder und die Verhinderung von Abholzung etc. Der IWF sollte seine Kredite nicht mit der Konditionalität belegen, möglichst viel zu privatisieren und sich so in die nationale Politik einzumischen. Stattdessen sollte er einen größeren Wert auf eine Konsolidierung des Staatshaushaltes und auf ökologische Erneuerung legen. Die Haushalte sollten insbesondere Ausgaben für Gesundheit, Sozialbereich usw. beinhalten. Abschließend sollte die WTO beauftragt werden, die Subventionen für Agrarprodukte einzudämmen oder sogar abzustellen. Vielleicht sollte die Landwirtschaft überhaupt aus dem Mandat der WTO herausgenommen werden. Stattdessen sollten Arbeitnehmerschutz und Umweltschutz aufgenommen werden und von der WTO, insbesondere mit der Meistbegünstigungsklausel, stärker berücksichtigt werden. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Als nächstes möchte ich gerne mit Genehmigung von Frau Prof. Lütz – weil ich denke, dass Sie gleich einen guten Übergang zum zweiten Thema machen werden– Herrn Dr. Alter das Wort geben. Ist es eigentlich, Herr Dr. Alter, eine Premiere, dass fünf internationale Organisationen in der Weise zusammenarbeiten, wie Sie das jetzt vorstellen werden? Oder hat es so etwas vorher schon einmal gegeben?

Dr. Rolf Alter: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, lassen Sie mich sagen, dass ich mich wirklich gefreut habe, heute die Chance zu haben, an dieser Anhörung teilnehmen zu können. Nicht nur weil ich glaube, dass wir, wie Sie sagen, Herr Vorsitzender, ein ganz bemerkenswertes Produkt vorstellen können, sondern auch, weil ich meinen Vorrednern mit ganz großer Aufmerksamkeit zugehört habe, und ich denke, dass es vielleicht eine neue und andere Perspektive sein kann, die ein Vertreter einer Organisation mit sich bringt, die offensichtlich in der großen Welt der Organisationen – manchmal jedenfalls – vergessen wird. Die OECD heißt Organisation für ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung und ist in der Tat eine etwas ungewöhnliche Organisation, jedenfalls im internationalen Kontext. –

Man könnte sagen, es gibt die Zeit vor der Krise und die Zeit nach der Krise. Ich glaube, dass viele der Überlegungen, die über internationale Organisationen angestellt werden, durch die gegenwärtige Entwicklung zumindest modifiziert, wenn nicht sogar sehr viel verändert werden. Warum sage ich das? Nicht weil die Organisationen selbst das so einfach hinkriegen würden. Sondern ich sage das, weil Sie sehen, dass es offensichtlich in der Welt ein gewisses Politikdefizit gegeben hat,

das jetzt dazu führt, dass sich neue Formen der Zusammenarbeit quasi spontan darstellen.

Eine G20 war eine Organisation, die die Finanzminister betraf und die ein Schattendasein geführt hat. Mit der Krise hat man diese Formation von wichtigen, entscheidungsrelevanten Ländern offensichtlich entdeckt und hat sie an der G8 vorbei – wenn ich das so sagen darf – zu einem wichtigen Entscheidungsträger gemacht. Ich denke, dass man die Veränderung in seinem ganzen Ausmaß betrachten muss. Denn sie hat dazu beigetragen, dass die Länder, von denen Dr. Dieter sagte, man könne sie mit Sicherheit nicht mehr auf der Seite stehen lassen, nicht nur eingeladen worden sind, sondern nun auf einen Schlag mit allen anderen Industrieländern zusammen am Tisch sitzen. Das ist eine wirklich fundamentale Veränderung der Entscheidungsstrukturen in der Welt.

Kein Wunder, dass sich deswegen die Rolle internationaler Organisationen ebenfalls anders darstellen wird. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass internationale Organisationen auch die Länder als Anteilseigner haben, die sich in der G20 treffen. Internationale Organisationen haben kein Eigenleben, sondern sie haben im Allgemeinen ein Mandat, das sie ausführen, weil die Mitgliedsstaaten ihnen sagen, was sie zu tun haben. Ich glaube deswegen, dass in dieser Zeit, in der Regierungen auf höchstem Niveau zusammenarbeiten - zwei head-of-state-Treffen in so kurzer Zeit, nämlich im November und jetzt im April –, dass diese Veränderung in der Zusammenarbeit von Staatschefs, sich auch auf die Art und Weise auswirken wird, wie internationale Organisationen funktionieren und zusammenarbeiten.

Einen zweiten Punkt, den ich mit Ihrer Erlaubnis gerne machen würde, ist Folgender: Globalisierung haben wir alle mehr oder weniger als eine Entwicklung gesehen, die zumindest potentiell vielen Leuten gut getan hat. Zwar auf unterschiedliche Art und Weise, aber wohl doch grundsätzlich gut getan. Ich glaube, es hat keinen anderen Zeitraum wie die Zeit der Globalisierung gegeben, in der zum Beispiel die Bekämpfung der Armut so einen schnellen und wirklich entscheidenden Fortschritt genommen hat.

Die Globalisierung hat sich jetzt in der Krise natürlich auch von ihrer anderen Seite gezeigt. Und die Transmission einer Krise in die gesamte Welt, global im wahrsten Sinne des Wortes, hat eine enorme Geschwindigkeit angenommen. Das ist die Kehrseite. Und deswegen gibt es heute auf der Seite der Politik eine Reaktion zu sagen, dass man sich anders organisieren müsse, um diese Entwicklung zu steuern. Sicherlich ist das noch nicht perfekt, aber trotzdem glaube ich, dass das eine wichtige Entwicklung ist.

Deswegen kommt mein dritter Punkt. Es wird hier gefragt - und Frau George hat das ganz besonders zum Ausdruck gebracht -, ob es nicht an der Zeit ist, eine andere Konzeption zu verfolgen. Es stellt sich die Frage, ob die Krise nicht ein Anlass ist, uns zu sagen, dass wir es anders machen sollten. Da sehe ich - und in Ihrem Ausschuss, nehme ich an, ist das eine besonders wichtige Angelegenheit -, da sehe ich die Verantwortung der Mitgliedsstaaten einer solchen neuen Weltordnung ihre Vorstellung davon kundzutun, was sich ändern muss. und was die neuen Konzepte sein sollen.

Ich glaube, dass die Diskussion, die zurzeit stattfindet, mit Sicherheit davon geprägt, dass wir Erfahrungen gemacht haben, die nicht besonders positiv gewesen sind in manchen Bereichen, und die dazu beigetragen haben, dass dieses die erste Krise ist, die nicht außerhalb der 30 OECD-Mitgliedsstaaten entstanden ist, sondern bei uns. Diese Krise ist bei uns entstanden, was bedeutet, dass die Antworten vielleicht andere sind.

Deswegen freue ich mich davon zu berichten - muss ich Ihnen wirklich sagen, Herr Vorsitzender, Danke für die Gelegenheit - dass Frau Bundeskanzlerin Merkel die fünf internationalen Organisationen, also die Chefs dieser Organisationen, im Februar zum zweiten Mal nach Berlin eingeladen hat. Einer davon ist mein Chef, der Herr Gurría, der Generalsekretär der OECD. Sie hat sie eingeladen, um mit ihnen darüber zu reden, wie die Zusammenarbeit unter den Institutionen verbessert werden könnte. Dazu hat sie einen ganz konkreten Vorschlag gemacht und gesagt: „Ich glaube, dass wir ...“ – ich sage das jetzt mal in diesem Schlagwort – „... im Rahmen einer Global Charta erst einmal schauen sollten, was eigentlich existiert an einem Rahmenwerk in der Welt.“

Ich hoffe, dass Sie diese kleine Broschüre vor sich haben, die sagt, was eigentlich in der Welt, in den fünf internationalen Organisationen existiert. Ich bin gerne bereit, darüber noch zu berichten, aber ich will es einmal dabei belassen. Lassen Sie mich aber sagen, dass sich in der heutigen Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Seite 10, ein Artikel von Frau Merkel befindet, den sie zusammen mit dem Premierminister der Niederlande, Herrn Balkenende, geschrieben hat, in dem der bemerkenswerte Satz steht: *„Diese Initiative ...“* – und sie spricht da von der Global Charta – *„... zielt darauf ab, einen einheitlichen Rahmen zu entwickeln, der auf die Entwicklung von Marktkräften setzt, dabei jedoch anstrebt eine stabile, sozial ausgewogene und nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft zu gewährleisten.“* Für mich liest sich das in etwa so wie die ordnungspolitische Vorstellung, die die Bundesregierung lange getragen hat.

Wenn man glaubt, dass das ein erfolgreiches Konzept ist – und ich glaube, dass die Entwicklung in der Bundesrepublik sicherlich dafür spricht, da sie im internationalen Vergleich hervorragend abschneidet –, dann finde ich es einen mutigen Schritt, ein Konzept anzubieten und dafür zu sorgen, dass die fünf Institutionen, die sie eingeladen hatte, aktiv daran beteiligt werden, ein solches Programm umzusetzen. Und ich glaube, dass das eine ganz pragmatische Antwort auf die Frage ist, wie die Zusammenarbeit funktioniert. Ich glaube, dass sie davon abhängt, dass die Anteilseigner, die Staaten, eine klare Idee davon haben, was internationale Institutionen zu tun haben und ihnen eine Richtung vorgeben, in der sie arbeiten sollen. Das ist eine hervorragende Entwicklung, in der meines Erachtens keine internationale Organisation zurückstehen würde, um an einem solchen Projekt mitzuarbeiten.

Lassen Sie mich eins sagen - Frau George hat richtig darauf hingewiesen, und ich glaube, dass es ein wichtiger Punkt ist -, dass es eine quasi einheitliche Übereinstimmung darüber gibt, dass der Währungsfonds eine zentrale Rolle spielt. Fast würde ich sagen, die einzige Rolle spielt. Aber ich glaube in der Tat, dass es ein Risiko ist, wenn man alle Aufgaben - sowohl der Überwachung, der Analyse wie aber auch der Beratung und Umsetzung von Politik - in die Hand einer einzelnen Institution geben würde. Das ist ein Risiko, das man – glaube ich – ganz genau abwägen müsste mit dem Vorteil einer Ausfächerung und einer Mobilisierung des Wissens, der Erfahrung, aber auch der Experten, die es in anderen Institutionen gibt. Vielen Dank, Herr Vorsitzender!

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dr. Alter. Sie haben hier ja, wie ich das sehe, den Instrumentenkasten, den die Welt zur Verfügung hat, zusammengefasst. Dass man den Staats- und Regierungschefs das einmal aufschreiben muss, halte ich für sehr sinnvoll. Eine Lösung für die Art und Weise, wie die Fünf das dann miteinander verknüpfen, haben wir damit noch nicht. Aber wir wollen jetzt noch nicht diskutieren. Jetzt hat das Wort Frau Prof. Dr. Susanne Lütz.

Prof. Dr. Susanne Lütz: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich begreife meine Rolle jetzt darin, von der Analyse, von der Bestandsaufnahme, die ich auch teile - insbesondere die, die Herr Alter und auch Herr Dieter vorgestellt haben - zu Vorschlägen - auch zur Neukonzeptionierung der internationalen Institutionen - überzuleiten. Vorausgeschickt sei, dass sowohl der IWF als auch die Weltbank schon vor der Krise massiver Kritik ausgesetzt gewesen sind, sowohl hinsichtlich der Effektivität ihrer Aufgaben, vor allem aber auch der Inklusivität.

Ich denke, was wir für alle Organisationen als Maßnahme nicht ausblenden können, ist, dass die Gremien stärker mit Vertretern der Schwellenländer und Entwicklungsländer besetzt werden. Das muss nicht unbedingt heißen, dass wir hier

zu Stimmen übergehen, die heißen „one country – one vote“, sondern man kann sich hier auch Mischungsverhältnisse vorstellen, die zwischen wirtschaftlich und geostrategisch definierter Neuordnung der Stimmen angesiedelt sein können. Ich denke aber auch, und das finde ich einen sehr wichtigen Punkt, dass wir auch in Bezug auf die Neugestaltung der Verhältnisse zwischen den internationalen Institutionen ein Leitbild brauchen.

Und wenn es um die Finanzmarktkrisen geht und um deren Verhinderung, dann sollte es darum gehen, die Institutionen aufzuwerten, die systemisch relevante Fragen bearbeiten, die also systemische Risiken in den Blick nehmen. Das kann der IWF sein, muss aber nicht. Es können auch andere Institutionen sein, wie zum Beispiel das Global Financial Stability Forum. Das ist eine Institution, die an der Schnittstelle sitzt zwischen den internationalen Institutionen, aber auch den Vertretern der Aufsichtsbehörden in verschiedenen Subsektoren. Letztendlich geht es glaube ich darum, diese Institutionen stärker in die Verantwortung zu nehmen und zu verzahnen.

Im Einzelnen zur G20 beziehungsweise G24: Die G20-Gruppe repräsentiert 90 Prozent des weltweiten BSP, 80 Prozent des globalen Handels und zwei Drittel der weltweiten Bevölkerung. Das heißt, wenn wir die auf eine G24 erweitern würden, hätten wir eine sehr inklusive Interessenvertretung. Es würde aber auch bedeuten, dass wir, wenn wir die G24-Gruppe an die Stelle der G7 setzen würden, es nicht nur mit einer Erweiterung der Mitglieder zu tun hätten, sondern natürlich auch mit einer größeren Heterogenität der Interessen. Diese wird dazu führen, dass Fragen der Armutsbekämpfung mit solchen der Handelsliberalisierung und auch mit solchen der Stabilität der Finanzmärkte verknüpft werden. Und dies sind Fragen, die bislang eher in getrennten Arenen behandelt wurden. Das heißt, wenn wir unterstellen, dass wir ein inklusiveres Gremium haben, dann werden die Entscheidungsprozesse komplexer werden. Das bedeutet, dass man letztendlich einen administrativen Unterbau von Experten aus den jeweiligen Fachministerien Finanzen, Wirtschaft und Entwicklung braucht, die diese Entscheidungsprozesse vorbereiten. Und man braucht auch eine stärkere Institutionalisierung der G24. Dies ist alles neu und ein Riesenunterschied gegenüber dem doch eher klub-orientierten, informellen Modell, das die G7 bis dahin dargestellt hat.

Zum Financial Stability Forum, welches ich eingangs schon angesprochen hatte: das ist eine Schnittstelleninstitution, die man sehr viel stärker in die Aufgabe einbinden könnte, Systemrisiken zu bewerten. Das ist im Moment eine sehr breite Diskussion, auch in der Finanzmarktregulierung, die sich traditionell in den letzten zehn Jahren mikroökonomisch auf die Absicherung der einzelnen Banken und ihrer Risiken

konzentriert hat. Man stellt aber fest, dass man Risiken hat, die zwischen verschiedenen Marktsegmenten entstanden sind - Banken, Wertpapiere, Versicherungen - weniger in den Blick genommen. Hier läge eine natürliche Institution, die aufgewertet werden müsste.

Wichtig erscheint es mir auch, die momentan diskutierte Aufwertung des IWF noch einmal stärker zu reflektieren. Es ist nachvollziehbar, dass die USA den IWF aufwerten wollen, weil sie im Moment natürlich daran interessiert sind Liquidität zur Verfügung zu haben. Liquidität, die sie brauchen, um ihr bisheriges Wirtschaftsmodell weiterfahren zu können, was auf sehr breiter Schuldenfinanzierung und auch Mobilisierung der Binnennachfrage, vor allen Dingen auch auf einem Importmodell beruhte. Letztendlich ist es so, dass die USA in der Weise versuchen China mit ins Boot zu nehmen, da China ein Interesse daran hat, die Devisenreserven, die im Großteil natürlich Dollarreserven sind, nicht durch Inflation entwertet zu sehen. Insofern wird China natürlich im Moment mitspielen wollen und die Interessen der USA an dieser Stelle unterstützen.

Ich denke allerdings, dass alle Zusagen, die im Moment getroffen werden, mit der Forderung verknüpft werden, die Stimmrechtsverteilung dann auch nachhaltig zu ändern. Diese Diskussion haben wir in den letzten fünf Jahren im IWF natürlich schon häufiger geführt; sie hat aber zu sehr marginalen Veränderungen der Stimmrechte geführt hat. Wenn es aber tatsächlich so sein sollte, wie in den Presseberichten der letzten Tage angedeutet, nämlich dass die Frage der Stimmrechtsneuordnung auf das Jahr 2013 verschoben wird, gleichzeitig aber von China und anderen aufstrebenden Schwellenländern gefordert wird jetzt ihren Beitrag zum IWF zu erhöhen, dann bin ich relativ skeptisch, wie nachhaltig das sein wird.

Vor diesem Hintergrund ist meine mittelfristige Perspektive, den IWF in eine eher subsidiäre Rolle zu bringen und Maßnahmen zu ergreifen um regionale Integrationsverbünde zu stärken. Das würde heißen, dass man das, was sich im Moment in Asien entwickelt, und zwar im Zuge der Krise rasant schnell entwickelt, stärker beobachten müsste. Dann könnte man zu einem Modell kommen, in dem beispielsweise im Krisenfall in erster Linie regionale Liquiditätsfonds greifen und der IWF als komplementäre Institution Finanzierung leistet, die insbesondere dann intensiviert werden kann, wenn man es mit Regionen zu tun hat, die keine starken Partner haben. Natürlich ist Asien im Moment immer noch als eine sehr leistungsfähige Region einzuschätzen, dies kann man für Afrika und manche Regionen Lateinamerikas so nicht unterstellen. Das heißt also, ein Modell, in dem

zunächst einmal die Regionen gefordert wären Hilfeleistungsmaßnahmen zu ergreifen, ihnen aber eine multilaterale Institution an die Seite gestellt werden würde.

Dazu ist aus Sicht der Europäischen Union im Moment zu sagen, dass das eine Vision wäre, in der sich die EU ausgesprochen schwer täte. Im Moment sehen wir ja, dass es keine Bestrebungen gibt, einen europäischen Liquiditätsfonds aufzulegen, sondern dass die EU im Gegenteil den IWF zur Hilfe ruft, um eigene Verteilungsprobleme zu lösen. Die EU lässt die osteuropäischen Staaten eher durch den IWF finanzieren als sich im Moment selber zur Hilfe bereit zu erklären. Dabei ist es natürlich eine offene Frage, wie diese Interessenkonstellationen aussehen würden in Bezug auf eine zukünftige Regionalisierung.

Ich würde ganz gerne noch etwas zur Regulierung sagen, weil das ein Thema ist, das normalerweise immer von der Frage der Neuorganisation der multilateralen Institutionen abgekoppelt wird. Aber – Stichwort Financial Stability Forum – es gibt Institutionen, die sich schon genau an der Schnittstelle zwischen Regulierung und Finanzierung bewegen. Diese sind letztendlich die Institutionen, an denen sich entscheiden wird, wie sich Finanzmarktregulierung in Zukunft darstellen wird.

Nach meiner Vorstellung müsste man als Leitbild für eine Neugestaltung der Finanzmarktregulierung das Vorsorgeprinzip stärker thematisieren. Das Vorsorgeprinzip kennen wir aus der Umweltregulierung, aus dem Lebensmittelbereich. Vorsorgeprinzip bedeutet, es werden Produkte so lange nicht gehandelt, wie sie nicht zugelassen sind. Dafür braucht man institutionell verfasste Zuständigkeiten, das heißt, man braucht eine Behörde. Die Aufgabe der Zulassung könnte man einer Finanzmarktaufsichtsbehörde überantworten, die dann aber auch Aufgaben der Risikoabschätzung vor dieser Produktzulassung übernehmen müsste. Das sind Sachen, die wir im europäischen Kontext finden, wo es zum Beispiel um Lebensmittel oder gentechnisch veränderte Produkte geht. Auch dort tut man sich mit Fragen der Risikoabschätzung sehr schwer. Im Bankensektor hat man das den Banken im Rahmen des Ansatzes von Basel II selbst überlassen, was denke ich ein Problem ist, was wir in Zukunft anders lösen müssten. Das heißt, Innovationen dürfen solange nicht zugelassen werden, wie sie hinsichtlich ihrer Auswirkungen nicht in einer bestimmten Weise erfasst worden sind.

Ich denke, dass man perspektivisch eine Regulierung bräuchte, die prozessorientiert ist. Ich selber habe mich sehr intensiv mit Fragen der Bankenregulierung seit der Internationalisierung des Bankenwesens beschäftigt. Und wenn man sich anschaut, wie sich die Regulierungsstandards in dem Bereich verändert haben, stellt man fest, dass es von Banken den Versuch gab, Schlupflöcher im Regulierungsnetz zu identifizieren. Diese sind für die Banken natürlich von Interesse, weil sie immer daran

interessiert sind Eigenkapital zu sparen und ihre Risiken möglichst billig abzusichern. Diese Strategie führte dazu, dass Banken Krisen entstanden sind. Dann haben die Regulierer darauf reagiert und haben das Regulierungsinstrumentarium erweitert, haben die Kooperation intensiviert. Bis zur Neukrise, die zum Teil wiederum dadurch entstanden ist, dass Banken neue Schlupflöcher entdeckt haben. Und insofern stellen wir fest, dass es eine Dialektik zwischen Krise, privaten Ausweichstrategien und einer Regulierung gibt, die auf zurückliegende Probleme reagiert. Und es wäre natürlich wünschenswert, wenn man so etwas durchbrechen könnte. Das heißt, man müsste prozessorientiert parallel zu Marktveränderungen beobachten, wie sich Risiken verändern, und man müsste versuchen, diese prozessbegleitend institutionell abzusichern.

Das ist eine Maßnahme, die fundamental institutionellen Eigeninteressen widerspricht. Verwaltungsbeamte und Regulierungsbehörden wollen die Stabilität von Verfahrensregelungen. Auch muss man tendenziell sagen, dass die Krise in den USA ja nicht zuletzt auch durch so etwas wie Regulatory Capture entstanden ist, was bedeutete, dass man sich sehr stark auf die Einschätzungen verlassen hat, die Banken hinsichtlich ihrer Risiken vermittelt haben. Insofern ist auch das eine Maßnahme, die nicht so leicht umsetzbar wäre.

Es gibt in der Regulierungsdebatte immer wieder den Vorschlag, eine globale Regulierungsbehörde zu errichten mit dem Argument, dass wir global tätige Banken haben und deswegen einen globalen Regulierer brauchen, der das Gegenstück darstellt. Ich denke, dass das nicht unbedingt wünschenswert ist, weil das heißen würde, dass man mit nationalen Institutionen kooperieren muss, dass man sozusagen die nationalen Tochtergesellschaften einer Bank beaufsichtigen muss. Ich denke auch, dass das solange nicht umsetzbar ist, wie die Nationalstaaten bestrebt sind, die Zuständigkeiten für Regulierungsfragen nicht von ihrer Zuständigkeit, im Krisenfall mit Steuergeldern einzuspringen, zu entkoppeln. Das heißt, sie werden weder einer europäischen Regulierungsbehörde zustimmen, noch einem globalen Regulierer, weil sie es ja letztendlich sind, die als „Lender of last Resort“ fungieren. Insofern denke ich, dass wir bis auf weiteres mit diesem Zustand - also national begrenzte Zuständigkeiten, aber Kooperationsbedarf ist vorhanden - weiterleben müssen. Vielen Dank!

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Professor Lütz! Ach, jetzt bricht hier plötzlich Beifall aus. Das heißt nicht, dass Beifall vorher nicht angebracht gewesen wäre, das müssen wir gleich relativieren. Jetzt – weil ich weiß, dass Herr Solte zum Schluss einen ganz speziellen Blick hat – würde ich Herrn Prof. Hendrik Enderlein bitten, sein Statement zu geben.

Prof. Dr. Henrik Enderlein: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich wollte den zweiten Teil stärker behandeln, die Fragen, die Sie zur praktischen Umsetzung gestellt haben und werde versuchen, die Fragen in der vorliegenden Form zu beantworten.

Die erste Frage dreht sich um die Frage nach einem Frühwarnsystem im internationalen Währungs- und Finanzsystem. Ich wollte da mal mit einer einfachen Analogie anfangen. Im täglichen Leben halten wir ein Warnsystem dann für funktionstüchtig, wenn es Gefahren rechtzeitig und eindeutig erkennt, wenn die Warnungen unüberhörbar sind, es unbeeindruckbar ist von denjenigen, die an einer lauten Warnung kein Interesse haben und es über ausreichenden Reputation verfügt, um im Falle einer Warnung ernst genommen zu werden. Ich glaube nicht, dass eine der bestehenden Institutionen im Weltfinanzsystem in der Lage ist, diese vier Kriterien an ein Warnsystem zu erfüllen. Diese Einschätzung ergibt sich nicht nur aus der aktuellen Krise, sondern auch aus dem Rückblick auf zurückliegende Krisen. Man könnte an die Asienkrise erinnern, den Crash nach dem Internetboom, die Zahlungsunfähigkeit Russlands, die Schuldenkrise Lateinamerikas und so weiter. Ich will kurz auf diese vier genannten Kriterien eines Frühwarnsystems eingehen.

Das Erkennen von Gefahren: ich glaube, die Finanzmarktkrise ist aus dem Zusammenwirken von - grob gesprochen - drei Faktoren hervorgegangen. Einmal die Ungleichgewichte in den Weltfinanzmärkten, dann eine private und staatliche Überschuldung sowie eine verfehlte Wirtschaftspolitik in den Vereinigten Staaten und letztlich eine exzessive und intransparente Investitionstätigkeit im internationalen Bankensystem bei nicht angemessener Risikofolgenabschätzung. Vor den potenziellen Gefahren aller drei Faktoren ist an vielen Stellen gewarnt worden. Klein war aber die Zahl derjenigen, die die Kombination von Problemen aller drei Aspekte in den Vordergrund gerückt haben und damit auch die besondere historische Tragweite dieser Krise voraussagen konnten. Ich glaube es wäre die Aufgabe der großen bestehenden multilateralen Finanzinstitutionen gewesen, diese analytische Zusammenführung vorzunehmen und zu warnen. Aber das haben sie nicht getan. Ich bin der Überzeugung, dass das weder an der mangelnden Qualifikation des Personals noch an der Verfügbarkeit von Informationen lag. Es lag vielmehr an den stark durch nationale Interessen geprägten Rahmenbedingungen in den Entscheidungsorganen dieser Institutionen, die auch schon von meinen Vorrednern angesprochen worden sind. Diese sind insbesondere beim Internationalen Währungsfonds ein Problem. Ich werde darauf gleich noch eingehen.

Das zweite Kriterium der Unüberhörbarkeit: wann ist eine Stimme zu laut, dass man sie nicht einfach zur Seite schieben kann? Dieses Kriterium scheint mir das geringste

Problem darzustellen, denn die großen Finanzinstitutionen verfügen über eine ausreichende Resonanz in der internationalen Öffentlichkeit. Man sollte jedoch nicht vergessen, dass diese Resonanz auch eine potenzielle Hürde darstellt. Denn aufgrund der Prominenz dieser Institutionen werden Warnungen oft gar nicht oder sehr versteckt formuliert, weil sonst Panik ausgelöst wird. Man sollte deshalb die zu große Prominenz auch nicht als einen rein positiven Aspekt betrachten.

Kriterium drei, das scheint mir das Wichtigste zu sein, die Unabhängigkeit. Die großen multilateralen Finanzinstitutionen charakterisieren sich durch Entscheidungsstrukturen, die oft eine einfache Aufaddierung nationaler Interessen hervorbringen und nicht auf die Erbringung eines Kollektivguts ausgerichtet sind. Aufgrund der hohen politischen Relevanz von Finanzmarktentwicklungen sollte ein funktionierendes Frühwarnsystem möglichst abgeschottet von politischer Einflussnahme operieren. Ich würde hier gerne den Vergleich zur Unabhängigkeit von Zentralbanken heranziehen, die wir sehr erfolgreich vom politischen Prozess getrennt haben, aufgrund der hohen Relevanz, die damit verbunden ist. Ich glaube, die Legitimitätsquelle eines Frühwarnsystems, die auch schon angeklungen ist, sollte nicht Input-Legitimität sein. Das ist diejenige Legitimität, die über eine direkte Einflussnahme der Betroffenen darauf entsteht, wie eine Entscheidung zum Zweck der Zielerreichung getroffen wird. Es sollte die sogenannte Output-Legitimität sein, das heißt, Legitimität über die Zielerreichung selbst, ohne dass die Betroffenen eine direkte Einflussnahme haben. Und insofern denke ich, wir sollten im internationalen Finanzsystem eine Institution schaffen, die das supranationale Interesse im Auge hat und über ein Mandat klar darauf ausgerichtet wird, dass ein stabiles internationales Finanzsystem entsteht.

Reputation und Zuverlässigkeit als viertes Kriterium sind meines Erachtens ein großes Problem der jetzt existierenden Institutionen. Die schon angesprochene verheerende Bilanz bei zurückliegenden Krisen führt nicht dazu, dass wir diesen Institutionen heute mehr Glauben schenken. Ich glaube aber, wenn die bisher genannten Kriterien, also Unabhängigkeit, Unüberhörbarkeit und das Erkennen von Gefahren gegeben sind, dann kann eine solche Institution auch sehr schnell zuverlässig sein und sich Reputation erarbeiten. Man kann das mit der Europäischen Zentralbank vergleichen, die als eine sehr junge Institution bereits in frühen Jahren eine sehr hohe Reputation genießt.

Ist mit dieser Einschätzung bislang die Empfehlung verbunden, dass neue Institutionen gegründet werden sollten? Das war Ihre zweite Frage. Ich halte die Gründung einer neuen Institution dann für sinnvoll, wenn die oben genannten Kriterien in keiner der jetzt existierenden Institutionen realisiert werden können und ich glaube nicht, dass das der Fall ist. Wir müssen uns heute mit der Schaffung einer

schlagkräftigen Instanz auseinandersetzen, die in den internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen mit einer unabhängigen Stimme sprechen kann.

Ich plädiere deshalb für den Aufbau eines internationalen Sekretariats für globale Währungs- und Finanzfragen. Eine Einbettung eines solchen Sekretariats in das VN-System halte ich nicht für erforderlich. Es klang hier im Panel bereits an, dass Skepsis herrscht was eine neue Institution angeht. Wir haben aber mit der G20 - das ist vorhin kurz von Herrn Alter angedeutet worden - bereits eine fast neue Institution, denn in der jetzigen Form gab es die nicht. Und ehe wir mit der G20 auf Ebene der Staatschefs eine neue Institution schaffen, sollten wir uns sehr genau darüber Gedanken machen, ob man das nicht effektiver und effizienter lösen kann.

Ich glaube, dass ein solches Sekretariat zu globalen Währungs- und Finanzfragen aus dem weitgehend informellen G7-Rat der Finanzminister und Notenbankchefs hervorgehen kann. Man darf nicht vergessen, dass der G7-Rat Russland bislang nicht einbezieht, wenn er sich in der Konstellation der Finanzminister und Notenbankchefs trifft. Allerdings müsste ein solcher Rat mit einem ständigen und unabhängigen Sekretariat ausgestattet werden. Das ist nicht der Fall und verringert in einem hohen Maß die Schlagkraft dieses Gremiums. Zweitens sollte es von einem unabhängigen Generalsekretär oder einer Generalsekretärin geleitet werden, der/die mit prominenter und unabhängiger Stimme Position zur Stabilität der Weltfinanzmärkte beziehen kann. Eine solche Stimme hat in der Vergangenheit immer gefehlt. Drittens sollte ein solches Sekretariat ein klares Mandat erhalten, das das Kollektivgut eines stabilen Weltfinanzsystems in den Vordergrund rückt. Und viertens, und das setzt die Frage der Zusammensetzung wieder in den Vordergrund, sollte ein solches Forum ausreichend klein sein, um Entscheidungsstrukturen nicht zu kompliziert zu machen, aber es sollte ausreichend groß sein, um über die notwendige Legitimität zu verfügen.

Ich halte eine G12-Lösung für weitaus angemessener als eine G20- oder eine G24-Lösung. Ich werde Ihnen gleich die Zusammensetzung sagen. Teile der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die hier auch schon angesprochen worden ist, könnten eine Grundlage für ein Sekretariat dieser Form darstellen. Die BIS oder BIZ ist meines Erachtens eine der wenigen Instanzen ist, die erfolgreich und mit analytischer Expertise im Hintergrund operiert und die weniger in die große Politik hineinzustrahlen versucht, als das die beiden anderen großen Institutionen tun.

Welche Aufgaben sollten der IWF, die Weltbank und ECOSOC künftig übernehmen? Die ursprüngliche Aufgabe des IWF war die Bereitstellung von Krediten zur Überwindung von Zahlungsbilanzproblemen in einem System fester Wechselkurse. Diese ursprüngliche Aufgabe ist mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems in

den siebziger Jahren bereits überholt gewesen. Heute ist die Stärke des IWF die Bereitstellung von Informationen, Daten und Analysen zu Währungs- und Finanzfragen. Diese Stärke sollte beibehalten werden. Insofern sehe ich den IWF analog zur OECD als einflussreiche Analyseinstanz. Sie werden mir diese Kurzcharakterisierung verzeihen, Herr Alter. Überspitzt formuliert zieht der IWF heute seine Einnahmen aus der Instabilität des Weltfinanzsystems. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Sobald wir ein komplett stabiles Finanzsystem hätten, hätte der IWF keine Einnahmequelle mehr. Ich glaube deshalb, dass wir uns auch da an der OECD orientieren sollten. Eine Beitragsfinanzierung durch die Mitgliedsländer wäre weitaus effektiver als eine eigene Einnahmequelle über die Vergabe von Krediten. Die große Frage was den IWF angeht ist, ob er die heute bereits implizit ausgeübte Funktion als „International Lender of last Resort“, also dieser Geldgeber letzter Instanz, beibehalten sollte. Ich glaube, das kann der Fall sein, denn die jetzige Finanzkrise zeigt, dass wir einen solchen internationalen Geldgeber letzter Instanz benötigen. Es sollte aber die Ausnahme bleiben. Die laufende Finanzmarktkrise ist ein Beispiel dafür, wann der IWF tatsächlich tätig werden sollte. Ich glaube nicht, dass wir die ständigen IWF-Programme überall in der Welt haben sollten. Und ich glaube, wir würden den IWF aus der Pflicht nehmen, wenn wir seine Finanzierungsgrundlage verändern würden.

Ich glaube, dass die Weltbank ihre Expertisefunktion erweitern sollte. Ihre Schlüsselaufgabe liegt in der Formulierung von Antworten auf die historisch sicherlich zentrale Herausforderung der Armutsbekämpfung. Um potenziell richtige Antworten vor einem Spannungsverhältnis zur Finanzierung der Weltbank zu schützen, sollte auch hier eine Beitragsfinanzierung erfolgen. Die Weltbank finanziert sich weitgehend dadurch, dass sie auf den internationalen Finanzmärkten kreditwürdig ist und dadurch Geld leihen kann. Dann vergibt sie es weiter an Entwicklungsländer, die diese Kreditwürdigkeit nicht hätten. Von der Marge, um es knapp zu formulieren, lebt die Weltbank. Auch das halte ich nicht für ein tragbares Finanzierungssystem. Sollten beiden Bretton-Woods-Institutionen in diese Think-Tank-Aspekte verändert werden, dann könnte man auch eine Fusion oder eine zumindest stärkere Kooperation, in die man auch die OECD einbinden könnte, in Betracht ziehen.

ECOSOC halte ich für keine besonders relevante Instanz im jetzigen Weltwirtschaftssystem, sondern es ist eine relevante Instanz im VN-System. Eine Stärkung von ECOSOC würde innerhalb des VN-Systems keine zusätzliche Unabhängigkeit hervorbringen, sondern eher Gefahr laufen im Kontext von sicherheits- und außenpolitischen Debatten instrumentalisiert zu werden. Und davor würde ich warnen.

Kurz zu den verbleibenden drei Fragen. Ist die Erweiterung der G8 in die G20 ein notwendiger Schritt der Neuordnung? Ich habe gerade schon auf den Zielkonflikt hingewiesen: Je größer der Abdeckungsgrad der Ländergemeinschaft, desto größer die Teilhabe, also das Ownership und auch die Legitimität, aber desto geringer die Entscheidungseffizienz. Ich halte den G20-Rahmen für zu groß. Ich glaube, die Skepsis am G20-Gipfel resultiert auch daher, dass wir kein anständiges Gremium haben, das in kleiner, schlagkräftiger Zusammensetzung über die wirklich historischen Fragen debattieren kann. Trotzdem glaube ich, dass der G7- oder G8-Rahmen zu klein ist. Ich plädiere deshalb für die Einrichtung eines G12-Rahmens, der folgende Mitglieder beinhalten sollte: die Vereinigten Staaten, ein Sitz für die Europäische Union als Gesamtes, trotzdem noch Sitze für Deutschland, Frankreich und Großbritannien, Kanada, Japan, und sozusagen als neue Mitglieder Indien, China, Brasilien, Russland und ein afrikanisches Land. Was ein afrikanisches Land angeht spricht aufgrund der volkswirtschaftlichen Größe sehr viel für Südafrika, aufgrund der kulturell stärkeren Verankerung im arabischen Raum ist jedoch Ägypten wahrscheinlich.

Frage fünf: Welcher Mechanismen bedarf es, um zu einer Kohärenz bei der Schaffung einer globalen Wirtschaftsordnung zu gelangen? Ich habe das – glaube ich – implizit schon angesprochen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Stabilität im internationalen Währungs- und Finanzsystem von einer Instanz beaufsichtigt wird, die einem supranationalen Interesse folgt. Wir haben bei der WTO in der frühen Phase gesehen, dass die Einrichtung eines unabhängigen Sekretariats ganz entscheidende Bedeutung hatte. Wir haben es auch in Europa in der frühen Phase gesehen, dass die Einrichtung der Europäischen Kommission supranationale Interessen, übergeordnet dem nationalen Interesse, verstärkt hat. Eine Exkursion über Streitschlichtungsmechanismen, wie Sie sie angesprochen haben, halte ich zum jetzigen Zeitpunkt für nicht angemessen. Anders als im Bereich des internationalen Handels lassen sich Rechtsnormen zur Währungs- und Finanzfragen kaum präzise definieren. Dementsprechend wäre ein rigider Regelrahmen kaum für die Schaffung einer globalen Wirtschaftsordnung geeignet.

Zur letzten Frage, die Frage zur regionalen finanz- und währungspolitischen Zusammenarbeit, beispielsweise in Südostasien oder die Frage, ob es eine stärkere Orientierung in globale, multilaterale Kooperationen gibt. Ich glaube, beide Antworten sind richtig und Susanne Lütz ist darauf ja auch kurz eingegangen. Wirtschaftspolitik lässt sich in einem Mehrebenensystem nur noch als die Interaktion zwischen national, regional und global begreifen und auch nur so steuern. Die oft genannte wichtigste Paradoxie dieser Krise ist, dass die Phänomene global sind, die Antworten aber fast ausschließlich national bleiben. Deshalb gehe ich in der Tat davon aus, dass die

Nachfrage nach regionalen und globalen oder multilateralen Instanzen als Konsequenz dieser Krise ansteigt. Regionale und globale Zusammenarbeit sollten sich aber nicht gegenseitig ausschließen. Es sind sich gegenseitig stärkende Prozesse, und institutionelle Veränderungen in diesem Feld sollten deshalb parallel erfolgen. Ich glaube tatsächlich, dass regionale Abkommen die globale Steuerung erleichtern werden.

Zum Abschluss vielleicht noch kurz folgender Satz: Ich glaube, dass die regionalen Entwicklungsbanken, die wir in diesem Kontext sehr wenig angesprochen haben, eine weitaus größere Rolle spielen - auch gerade jetzt in der Finanzkrise - als das in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, die EBRD, die Asian Development Bank, die African Development Bank. Vielleicht sollten wir Aufgaben aus dem Weltbank- und Internationalen Währungsfondssystem stärker auf diese Institutionen übertragen. Vielen Dank, Herr Vorsitzender!

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank, Professor Enderlein. Als letzter, den aber in diesem Fall nicht die Hunde beißen, Herr Dr. Solte, bitte schön.

Dr. Dirk Solte: Herr Vorsitzender, meine Damen, meine Herren. Vielen Dank, dass Sie mir die Gelegenheit geben, in diesem Ausschuss einige unserer Überlegungen vorzutragen und in die aktuelle Debatte einzubringen. Ich hoffe Sie meinten vorhin, dass ich eine sehr spezielle Sichtweise habe, in der Art, dass ich dafür plädiere, die jetzige Situation auszunutzen, um tendenziell zu einem Krisenverhinderungssystem zu gelangen, anstatt sich jetzt Gedanken darüber zu machen, wie man ein Frühwarnsystem aufbaut. Denn die jetzige Krise ist aus unserer Sicht eine Krise, die man nutzen könnte, um die Weichen tatsächlich in die richtige Richtung zu stellen.

Sie hatten mich ja darum gebeten, einige Aussagen zu machen zu dem, was bislang an Vorbereitungen für den nächsten G20 Gipfel am 2. April in London für mich und andere bekannt sind. Aus meiner Sicht stellt sich die jetzige Situation in etwa so dar, dass die Welt sehr gute, tolle globale Ziele hat. Das hat sie auch schon in der Vergangenheit gehabt. Heute hat sie so gute Ziele wie die Millennium-Entwicklungsziele, heute stehen auf der Agenda so gute Ziele wie die Charta für nachhaltiges Wirtschaften, wie ein globaler New Deal. Früher - ich weiß gar nicht, so vor 35 Jahren - hatte man so gute Ziele wie, dass man 0,7 Prozent vom BIP für die Entwicklungshilfe aufbringt, damit man insgesamt eine etwas ausgewogenere und fairere Verteilung gewinnt, an dem was wir an Wertschöpfung auf dem Planeten erarbeiten können. Die Ziele waren schon immer gut, auch auf globaler Ebene. Was man aber immer grundsätzlich erleben durfte war, dass teilweise nationale Egoismen verhindert haben, dass wir die richtige Strategie gefunden haben, um die Ziele, die wir uns gestellt haben, zu erreichen.

Wie haben wir das eigentlich national gemacht? National haben wir uns auch immer wunderbare Ziele gesetzt. Und national hatten wir auch immer mit Egoisten zu kämpfen, nämlich die Individualegoisten. Und das haben wir dann so gemacht, dass wir gesagt haben: Wir brauchen Wettbewerb und auch den Markt, dem wir aber die richtigen Regeln geben. Und wir haben Mechanismen, um die Regeln auch durchzusetzen, damit Einzelinteressen hier nicht das Gemeinwohl kaputt machen können. So hatten wir einen Effizienzmechanismus, den wir über geeignete Regeln auch zu einem Effektivmechanismus ausgebaut haben.

Nun, wie ist momentan das Weltproblem? Offensichtlich haben wir ein Geldproblem, das weiß jeder. Wir haben offensichtlich auch ein Realökonomieproblem. Wir haben mittlerweile den Beginn einer Weltwirtschaftskrise. Wir haben eigentlich schon immer ein Finanzierungsproblem gehabt und allen dürfte bekannt sein, dass die öffentliche Neuverschuldung der gesamten öffentlichen Hände auf diesem Planeten mittlerweile die Größenordnung der gesamten Wertschöpfung dieses Planeten eines Jahres ausmacht. Wir wissen auch, dass wir ein Umwelt-, Klima- und Energieproblem haben. Wir wissen natürlich auch, dass täglich 27.000 Kinder sterben. Das heißt, ein Sozialproblem haben wir auf jeden Fall auch. Und wir befinden uns letztendlich auch in einem globalen Markt. Das ist nichts verkehrtes, das haben wir auch in den wohlhabenden Ländern als das richtige Instrument für Effizienz gesehen. Aber wir befinden uns auf dem Planeten in Konkurrenz um knappe Ressourcen, und in Konkurrenz um Wertschöpfung und Wohlstand. Letztendlich auch in einer Konkurrenz deshalb, weil wir die entsprechenden öffentlichen Einnahmen erzielen wollen. Das Riesenproblem was wir eigentlich hinter all diesen Einzelproblemen haben ist, dass diese Konkurrenz um Ressourcen und um Wertschöpfung in einem globalen Umfeld stattfindet, das geprägt ist von der Konkurrenz der Regeln, nämlich der nationalen Gesetze und Gegebenheiten. Und zwar auch der nationalen Gesetze oder währungsraumspezifischen Netze im Währungssystem, im Geldsystem und natürlich auch im Steuersystem.

Stattdessen müsste man auf dem Globus erreichen, dass wir die Konkurrenz regeln und uns auf Regeln einigen. Das haben wir eigentlich auch schon gemacht, denn wir haben die internationale Arbeitsorganisation, wir haben gesagt, dass wir keine Kinderarbeit wollen, aber wir haben bisher nicht den effizienten Durchsetzungsmechanismus installiert. Somit könnte man sich heute überlegen, wie man das, was an Zielsetzung formuliert wurde, sowohl das was die G20 am 15. November formuliert haben, als auch das, was jetzt von den europäischen Staatschefs vorbereitend besprochen wurde, insgesamt ausnutzen kann.

Erlauben Sie mir da noch ein paar zusätzliche Hinweise zu geben dahingehend, was aus unserer Sicht in dem jetzigen G20-Prozess sinnvolle Maßnahmen wären, damit sich vom G20-Prozess ausgehend so etwas wie ein Krisenverhinderungssystem realisieren könnte. Im Detail kann man das dann immer noch nachdiskutieren. Ich teile das in zwei Teile auf. Und zwar einmal kurzfristig das Geldsystem. Ich gehe davon aus, dass ich in diesem Kreis nicht erklären muss, wie das Geldsystem funktioniert, obwohl meine Erfahrung ist, dass wir uns viel zu wenig mit diesem ganzen Umfeld, das Gesamtproblem zu denken und auch im Detail das Geldsystem zu denken, schwer tun und nicht genügend investiert haben.

Entscheidend für das heutige Geldsystem ist, dass wir im Wesentlichen zwei Typen von Geld haben. Der erste Typ Geld ist gesetzliches Zahlungsmittel. Davon gibt es nicht so viel, da gibt es den gesetzlichen Annahmehzwang. Das, was wir viel, viel mehr haben, nenne ich gerne immer „Mehr-Geld“. Das ist Zettelgeld. Das sind nichts anderes als Zahlungsmittelversprechen. Wenn wir sagen, die öffentliche Hand würde jetzt mit Geld die Konjunktur stützen, dann ist das nicht das Geld vom Typ Eins, sondern das ist Geld vom Typ Zwei. Das Verhältnis ist da dummerweise so, dass es eine irrsinnige Instabilität gibt. Das Verhältnis von richtigem Zahlungsmittel zu Geldversprechen ist nämlich 1 zu 53,5.

Das Problem des Weltfinanzsystems beschreibe ich immer gerne mit der Reise nach Jerusalem, bei dem nämlich 53 Spieler – das sind diese Geldversprechen – um einen Stuhl laufen, das ist das gesetzliche Zahlungsmittel. Solange die Musik spielt, also alle die Geldversprechen als Vermögensgegenstand akzeptieren, ist alles ganz lustig. Wenn die Musik aber aufhört zu spielen und keiner mehr die Geldversprechen akzeptiert, dann ist eine Chance da, dass sich einer setzt. Und was passiert normalerweise in diesem Spiel Reise nach Jerusalem? Wenn es nur einen Stuhl gibt, gibt es nur einen, der gewinnt. Und der bekommt Pfänder. Der bekommt Pfänder von all denen, die verlieren. Das passiert gerade. Die Pfänder werden von denen gegeben, die gerade in Zahlungsprobleme kommen, weil die Musik nicht spielt, das heißt, dieses gesetzliche Zahlungsmittel läuft nicht um. Und Pfand abgeben bedeutet zum Beispiel, dass man wenn man Zahlungsschwierigkeiten hat gezwungen wird, seine realen Sachvermögen an die zu verkaufen, die noch zahlungsfähig sind. Dann passiert es, dass manche Firmen nicht mehr zahlungsfähig sind und andere, die den Stuhl ergattert haben, nur darauf warten, dass diese Dinge unter Preis verkauft werden. Das heißt, was man kurzfristig machen müsste und das ist das erkannte Problem im Finanzmarkt, ist die Musik wieder spielen zu lassen. Denn einfach darauf zu vertrauen, dass wieder Vertrauen in die Märkte kommt, das heißt, dass der eine, der den Stuhl hat, aufsteht und davon ausgeht, dass sich niemand anderes draufsetzt, ist relativ unwahrscheinlich. Sondern man wartet auf die interessanten

Pfänder. Das heißt, die Musik muss wieder laufen, und das heißt, die offiziellen Zahlungsmittel müssen wieder fließen. Deshalb empfehlen wir dringend darüber nachzudenken als regulatorisches Instrument eine Maximalreserve einzuführen. So wie man Mindestreserveverpflichtungen hat muss man dafür sorgen, dass die Finanzinstitutionen nicht auf dem Geld sitzen bleiben dürfen. Man muss wieder erreichen, dass das Geld fließt. Der Vorschlag ist also eine Maximalreserve. Das sollte man kurzfristig mit in den 47-Punkte Plan aufnehmen.

Das zweite Problem ist diese riesige Geldblase. Die Geldblase, die nicht kleiner wird, indem wir mit öffentlicher neuer Verschuldung auf die Krise reagieren, sondern die größer wird. Und wenn sie größer wird, dann hat man eine noch schlimmere Lage der Instabilität. Auf Pump etwas zu machen bedeutet, diese Blase noch weiter aufzupusten, die uns die Instabilität gebracht hat, die gerade in sich zusammengekracht ist. Man muss diese Blase wirkungsvoll eingrenzen, was nicht alleine dadurch gelingt – im Detail kann ich das jetzt nicht ausführen –, dass man die Eigenkapitalrichtlinien für die Finanzinstitutionen erhöht, sondern man muss eben auch direkt die Blase versuchen zu begrenzen. Man muss dort angreifen, wo die Probleme sitzen. Die Probleme sitzen nämlich in den Hebelgeschäften, insbesondere in den Hebelgeschäften, mit denen man mit neu aufgepumptem Geld, ohne wertschöpfend tätig zu sein, Firmen übernommen hat, also Produktionskapital umverteilt hat. Man muss also an die Hebelgeschäfte. Um da heranzukommen plädieren wir für eine Abgabe auf die Emission von solchen neuen Schuldverschreibungen.

Ich weiß, dass jetzt momentan die Diskussion über eine Börsenumsatzsteuer angelaufen ist. Diese Diskussion halte ich für sehr zielführend, wenn sie sich insbesondere darauf konzentriert, dass sie wie die Stamp Tax in England auch auf die Neuemission von solchen Schuldverschreibungen ausgerichtet ist. Denn unser Problem sind nicht die Transaktionen von Finanzen, sondern unser Problem ist das Hebelgeld. Und das heißt, es muss eine Abgabe auf dieses Element, auf dieses Geld, sein. Das sind die kurzfristigen Maßnahmen, mit denen man auch Finanzmittel erschließen würde, wenn man diese Steuer an der Stelle einführt. Bei einem Prozent im Durchschnitt würde man weltweit in etwa eine Billion bis zwei Billionen Dollar an Finanzmitteln bekommen. Die würde man brauchen, um die weitergehenden Probleme zu lösen. Und die Probleme zu lösen heißt, dass es uns gelingt, ein Durchsetzungsmechanismus für die wichtigsten Normen und Regelungen, auf die wir uns schon geeinigt haben, durchzusetzen. Um es auf den Punkt zu bringen, was Gordon Brown mit dem globalen New Deal angeregt hat und was die Bundeskanzlerin mit der Charta für Nachhaltiges Wirtschaften angeregt hat, müsste man konkretisieren, so dass dieser Deal gelingt.

Wie könnte der Deal aussehen? Er könnte so aussehen, dass man das europäische Modell der Integration nimmt, nämlich Kofinanzierung gegen Standards. Das bedeutet, dass wir sagen würden, dass die Regeln, auf die wir uns schon geeinigt haben, das heißt ILO, ergänzt um die Ziele, die wir uns mit den Millennium-Entwicklungszielen gesetzt haben, sowie den Umweltstandards, die hoffentlich in den Folgeverhandlungen des Kyoto-Protokolls gesetzt werden, genauso wie auch weitergehende Standards für das Finanz- und das Steuersystem, als Verfahrenstandards in der WTO für gültig erklärt würden. Dann hätte man die Mechanismen der WTO, um Sanktionen gegen die Länder durchzuführen, die die Standards nicht einhalten.

Die Frage ist natürlich, wie man dahin kommt, dass alle Länder diesen Schritt akzeptieren. Da haben wir in der Europäischen Union gute Erfahrungen mit der Kofinanzierung gemacht. Das heißt, dass wir die Basis für die Standards in strukturschwachen Räumen kofinanzieren würden, so dass diese aufholen können. Die Frage ist natürlich, wo die Mittel herkommen. Ich habe eingangs gesagt, eine Möglichkeit, um die Mittel abzugreifen, wäre genau am Problem des Geldsystems, nämlich über eine Mehrgeldsteuer, also über eine Steuer, die diese Geldblase mittelfristig zu beherrschen in der Lage ist. Das Zweite wird in Teilen angegangen, nämlich das Einhegen von Steueroasen. Wenn man es dann noch hinbekommen würde, dass man ein Stückweit in die Richtung gehen könnte, die Steuerbemessungsgrundlagen auf dieser Welt zu vereinheitlichen, dann hätte man dort eine zusätzliche Einnahmemöglichkeit. Ich habe einmal das Finanzvolumen ausgerechnet, das man über diese beiden Maßnahmen hätte, wenn man sie wirklich wirkungsvoll hinbekommt und zwar zwei bis drei Billionen Euro. Das könnte man dann einsetzen, um auch dem jetzigen Problem der Rezession und möglichen Depression entgegenzustellen, um nicht nach 80 Jahren zu erreichen, dass die Geschichte sich wiederholt. Vielen Dank!

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dr. Solte! Ganz ohne Zeitvorgabe. Wenn jeder zehn Minuten bekommen hätte, dann wäre im Schnitt auch um drei Minuten überzogen worden und genau das haben wir jetzt geschafft. Das ist doch ein Ausmaß an Disziplin, das ist unglaublich. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen sehr. So, jetzt haben die Kollegen das Wort zu fragen. Wenn ich darf, würde ich mit einer kleinen Frage an Herrn Prof. Tomuschat beginnen - weil der so lange nichts mehr sagen durfte. Was mir bei der allgemeinen Betrachtung der Institutionen und Zusammenhänge von Global Governance aufgefallen ist, ist dass die Vereinten Nationen hier heute keine große Rolle gespielt haben. Ist das Zufall, weil wir einen Fokus auf die Finanzinstitutionen im Kopf hatten oder gibt es dafür einen Grund? Die Frage

heißt: Ist die zukünftige Organisation überstaatlichen Regierens eher eine, die UN-Strukturen nutzt, oder eher eine, die neben den Vereinten Nationen existiert?

Prof. Dr. Christian Tomuschat: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich werde versuchen, diese Frage zu beantworten. Die Vereinten Nationen haben ja vor einer Reihe von Jahrzehnten schon einmal einen Anlauf gemacht, sich insbesondere der Probleme der Dritten Welt anzunehmen. Das geschah mit der Gründung der UNCTAD, der United Nations Conference on Trade and Development. Die UNCTAD war insbesondere ein Instrument der Dritten Welt. Sie war ganz eindeutig von der Dritten Welt beherrscht. Und das zeigt vielleicht auch, weshalb die Vereinten Nationen sich auf diesem Felde etwas schwer tun. Ich weiß, es gibt auch in neuerer Zeit jedes Jahr eigentlich wieder Resolutionen der Generalversammlung, in denen Probleme behandelt werden wie Schulden und Entwicklung. Ich habe hier eine Resolution 62/186 von 2007 und auch andere Resolutionen. Das kommt jedes Jahr auf den Verhandlungstisch, bedeutet aber angesichts des Prinzips „One state -One vote“, dass die Interessen der Dritten Welt überwiegen und bei solchen Resolutionen überwiegend berücksichtigt werden.

Ich habe den Eindruck, dass solche Schwergewichte wie die USA und auch China sich nicht bereit zeigen, sich derartigen Dingen zu unterwerfen. Deswegen sind heute diese Resolutionen im Allgemeinen sehr konzilient gefasst, im Sinne stärkerer Zusammenarbeit. Die Weltfinanzinstitutionen sollten also vor allem die Probleme der Dritten Welt berücksichtigen. Ich könnte hier Dinge zitieren wie „debt sustainability“; also die Frage, ob die Länder der Dritten Welt Schulden in weiterem Umfang aufnehmen können, ob dabei die besondere Lage – auch Naturkatastrophen und ähnliches – berücksichtigt werden soll. Es ist ganz eindeutig, dass es hier eine gewisse politische Strukturierung gibt und ich denke aus der Diskussion heute hat sich herausgeschält, dass letzten Endes die wirtschaftlichen Schwergewichte eine entscheidende Rolle behalten müssen – G-8, G-12, G-20, wie auch immer man das strukturiert. Aber ohne sie geht es nicht. Natürlich sind diese G-8, G-12 oder G-20 selbstverständlich bereit, zum Beispiel das Ziel der Armutsreduzierung im Auge zu behalten und aktiv zu verfolgen. Aber sie wollen nicht ohne weiteres das Steuerrad aus der Hand geben. Und insofern glaube ich, dass diese globalen Gremien wegen ihrer gewissen einseitigen Ausrichtung nicht in der Lage sind, der Weltwirtschaft den notwendigen Regulierungsimpuls zu geben. Es ist ja vor wenigen Minuten nicht zu Unrecht gesagt worden, dass eine Stärkung des ECOSOC wahrscheinlich nicht sehr viel bewirken würde. Auch im ECOSOC herrscht wiederum das Prinzip der „equitable regional distribution of votes“. Der ECOSOC ist nach diesen Strukturprinzipien konstruiert und Kritiker haben in der Vergangenheit häufig gesagt, ob nun der ECOSOC existiert oder nicht, niemand würde sein Verschwinden überhaupt

bemerken. Das sind sehr kritische Stimmen gewesen. Der ECOSOC kann also offensichtlich diese Steuerungsaufgabe nicht wirksam erledigen, und deswegen denke ich schon, dass wir ein Steuerungsgremium brauchen, in dem die Schwergewichte vertreten sind. Dazu muss eine angemessene Vertretung der Dritten Welt kommen.

Eben ist ja auch gesagt worden, dass eine Reihe von repräsentativen Ländern der Dritten Welt auf jeden Fall gleichsam als Sprecher für ihre Weltregion miteinbezogen werden sollten. Ich halte das für einen sehr vernünftigen Vorschlag und ziehe übrigens aus unserer Debatte den allgemeinen Schluss, dass die Initiative von nationaler Ebene ausgehen muss. Man muss Bündnisse schließen mit „like-minded completers“, die bereit sind, sich auch auf Ziele und Grundsätze zu einigen. Ich glaube, es geht ja um eine Weltsozialmarktwirtschaft und dazu braucht man gemeinsame Ziele aber auch Grundsätze, auf die man sich einigen muss. Es sind normalerweise – ich will Herrn Alter da nicht zu nahe treten – nicht die internationalen Organisationen selbst, die eine Führungsrolle übernehmen können. Die Führungsrolle muss von der nationalen Ebene ausgehen und dazu muss man diese Allianzen schmieden. Das ist ein Bohren von dicken Brettern und das Ergebnis wird ganz offensichtlich - auch das sehe ich als Ergebnis dieser Befragung an - nur ein lockerer Rahmen sein. Jedoch nicht ein Rahmen, der zur Grundlage einen üblichen klassischen völkerrechtlichen Vertrag hat, der natürlich das Herz des Völkerrechtlers erfreuen würde. Zu einem Vertrag mit allem was dazu gehört und einer Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt wird es nicht kommen. Ich glaube vielmehr, die Zukunft liegt wirklich in diesen flexiblen Absprachen, die dem Bereich des „soft law“ angehören.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank. Jetzt hat das Wort Herr Zöllmer, dann Frau Koczy.

Abg. Manfred Zöllmer (SPD): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Mein Dank gilt erst mal all denjenigen Damen und Herren, die hier vorgetragen haben. Ich fand das sehr interessant und sehr anregend.

Die erste Frage oder der erster Problemkomplex, der sich für mich stellt, ist die Frage, welches Format wir eigentlich auf internationaler Ebene brauchen, um diese Probleme, die ja sehr gravierend sind, zumindest anzugehen. Sind das G-7, G-8, G-12, G-13 oder G-20? Ich halte das nicht für eine untergeordnete Frage, weil aus meiner Sicht bereits jetzt die Vorbereitungen des G-20-Gipfels in London zeigen, dass, je stärker man diese Institutionen ausweitet, es je eher zu Blockaden kommt. Da gibt es ja – nicht nur die EU ist da ein Beispiel, sondern man könnte auch die WTO anführen – eine Reihe von Hinweisen. Von daher meine Frage an Frau Lütz.

Ich habe Ihren Ausführungen indirekt entnommen, dass Sie eher für größere Einheiten plädieren. War das eine richtige Interpretation oder würden Sie sich der Ausführung von Herrn Enderlein anschließen, das irgendwo im 12-13er Format anzusiedeln?

Ein zweiter Punkt: mir ist die Rolle der WTO hier ein bisschen zu gering angesprochen worden. Warum? Weil ich es als eine der ganz großen Gefahren ansehe, dass wir international in Protektionismus abgleiten. Das heißt, dass die alte „beggar my neighbour policy“, die ja früher mal fröhliche Urstände gefeiert hat, wieder droht. Von daher sehe ich die Rolle der WTO sehr viel stärker im Vordergrund, diesen aufkeimenden Protektionismus zu verhindern. Und nun haben wir das große Problem, dass die Doha-Runde gescheitert ist. Wir haben mit der WTO eine Organisation mit ungefähr 156, 158, 160 Mitgliedsländern, die sehr demokratisch aufgebaut ist, aber nach meiner Einschätzung sehr wenig Handlungsfähigkeit in der Vergangenheit bewiesen hat. Das heißt, ich sehe hier einen sehr großen Reformbedarf. Mich würde einfach mal interessieren, Herr Professor Enderlein, ob Sie das auch so sehen und in welche Richtung eine solche Reform aus ihrer Sicht gehen könnte.

Weiterhin fand ich es sehr interessant, dass Sie, Herr Professor Enderlein, den Fusionsvorschlag gemacht haben. Nämlich die großen Institutionen Weltbank, IWF und OECD möglichst zu einer zu verschmelzen. Was das angeht würde mich die Auffassung von Herrn Dieter interessieren. Halten Sie das für einen realistischen und auch anstrebbaren Weg? Oder ist das aus Ihrer Sicht von vornherein aussichtslos?

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Da nur zwei angesprochen sind, nehme ich an, wir können noch ein bisschen nachlegen. Drei sind angesprochen? Ja, dann lassen wir erst mal antworten. Wer möchte das Wort?

Prof. Dr. Susanne Lütz: Ja, ich hatte in meinem Statement in der Tat eher für ein größeres Gremium plädiert, wobei ich offen lassen würde, ob es nun G-20 oder G-24 wäre. Ich könnte mir aber auch vorstellen, dass man neben dem Kriterium, die Länder aufzunehmen, die wirtschaftliche Schwergewichte sind und die zu den aufstrebenden Schwellenländern zählen, auch Regionen repräsentieren lassen könnte. Dass man hier gewissermaßen eine Mischung aus unterschiedlichen Prinzipien der Interessenvertretung fahren könnte. Aber es ist klar, dass selbst ein G-20 Gremium groß genug sein wird, um regelmäßig zu Blockaden zu führen. Das ist glaube ich zu erwarten. Und ich denke, dass man solche Gremien dann auch entsprechend anders organisieren muss. Man muss das letztendlich so organisieren, wie wir es auch im europäischen Kontext kennen. Das heißt, dass man einerseits natürlich die Regierungschefs in Abstimmung bringen muss. Man muss aber auch einen Unterbau der Fachminister schaffen, die dann aber nicht nur Finanzminister

sein dürfen, sondern auch aus dem Wirtschaftsbereich kommen müssen. Man muss die Entwicklungsminister an den Tisch bringen und einen abgestuften Zirkel an Tagungen organisieren, die dann letztendlich einem gemeinsamen Zeitplan folgen. Und das bedeutet ein viel größeres Maß an Institutionalisierung als wir das bisher aus dem G-7-Kontext kennen. Dies hätte aber auch den Vorteil, dass es möglicherweise transparenter organisiert werden könnte. Ich hatte in der schriftlichen Ausarbeitung von meinem Statement – was ich jetzt nicht vorgetragen habe - auch vorgeschlagen, dass man sich ein Monitoring Board schaffen könnte, in dem der Privatsektor, sprich NGOs, organisiert werden könnten und das die Gipfeltreffen institutionalisierter begleitet als das im Moment der Fall ist. Wir haben im ECOSOC über 2.000 registrierte NGOs und eine eher informelle Begleitung dieser Gipfeltreffen. Man könnte das natürlich institutionalisieren.

Prof. Dr. Henrik Enderlein: Kurz zur Frage der Welthandelsorganisation, Herr Zöllmer. Das ist die Frage, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Wenn ich mir die internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen anschau, dann ist die Welthandelsorganisation für mich ein Positivbeispiel. Denn sie ist sehr stark institutionalisiert. Sie hat ein eigenes Sekretariat und sie stützt sich auf einen Rechtskontext, der Streitschlichtungsmechanismen zumindest möglich macht. All das haben wir im Finanzbereich nicht. Insofern, wenn wir dieses Ziel erreicht haben, dann können wir auch über das andere reden.

Aber Sie haben vollkommen Recht, dass auch die Welthandelsorganisation die Probleme hat, die wir im internationalen Weltwirtschaftskontext immer haben. Erstens ist es sehr schwierig die Regeldurchsetzung letztlich auch einzufordern, also „enforcement“ zu praktizieren. Zweitens ist es sehr schwierig, die Rechtsnormen so zu fassen, dass man sie im Anschluss auch umsetzen kann. Ich meine, dass China in den vergangenen zehn Jahren eine nicht angemessene Handelspolitik durchgeführt hat, nämlich über die Unterbewertung der eigenen Währung, in der die Welthandelsorganisation keine Handhabe hatte. Der Internationale Währungsfonds hätte sie übrigens gehabt. Aber er hat sie nicht genutzt. Insofern denke ich, wir haben in dem Bereich sicherlich Defizite, aber ich würde jetzt nicht die Welthandelsorganisation ganz oben auf die Liste der Prioritäten setzen, wenn es um Reformen geht.

Nur ein Punkt zum Thema Protektionismus. Natürlich fürchten wir alle im Moment Protektionismus, aber sehen Sie sich selbst die Europäische Union an. Wir haben international keinen Rechtsrahmen, der so präzise und scharf Protektionismus angehen kann, wie die Wettbewerbsgerichtsbarkeit in der Europäischen Union. Ich glaube, dass wir in dieser Finanzkrise auch in Europa Probleme sehen werden, wenn

wir eine protektionistische Maßnahme durchführen. Bis die Rechtsinstanzen durchlaufen sind, vergeht viel, zu viel Zeit. Dann ist die Krise vorbei, dann kann man solche Maßnahmen zurücknehmen und dann haben Sie das Problem gelöst. Ich glaube nicht, dass wir dem Protektionismus im Augenblick über die klassischen Instanzen Barrieren aufbauen können.

Der Vorsitzende: Danke schön! Herr Dieter.

Dr. Heribert Dieter: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Was die Fusion der großen Institutionen angeht, wäre ich vorsichtig. Ich glaube, dass wir in der Vergangenheit durchaus davon profitiert haben, dass es unterschiedliche Meinungen zum gleichen Thema gegeben hat. Wenn ich mir beispielsweise die Stellungnahme der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in den letzten Jahren anschau, so hat man bei der BIZ immer Hinweise auf Problemlagen bekommen, die der IWF nicht gesehen hat. Die Verwundbarkeit der amerikanischen Ökonomie wurde beispielsweise von der BIZ schon relativ früh thematisiert, während der IWF lange davon gesprochen hat, dass die amerikanische Ökonomie doch sehr viel solider sei. Insofern gibt es aus der Existenz verschiedener Institutionen auch einen Wettbewerb von Expertise. Und ich glaube, dass es gefährlich ist, diesen Wettbewerb dieser Expertise durch die Schaffung einer Megainstitution zu begrenzen. Im Übrigen habe ich große Bedenken, dass die Amerikaner und auch andere wichtige Akteure der Schaffung einer solch großen Institution zustimmen würden.

Wenn Sie mir noch einen Satz zur WTO gestatten – ein bisschen Werbung in eigener Sache. Wir haben an der Universität Warwick im Jahr 2007 eine Kommission gehabt, die sich mit der Zukunft der WTO beschäftigt hat und die sich auch mit der Frage beschäftigt hat, wie man diese Institution so reformieren kann, dass nicht einige wenige Länder diese Institution blockieren können. Ein Vorschlag, den ich hier erwähnen möchte, war die Schaffung von sich selbst definierenden Klubs innerhalb der WTO, an der nicht alle, aber eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedsländer der WTO teilnehmen. Wir hatten das schon mal im Telekommunikationsbereich. Also die Überwindung dieser gegenwärtigen Blockade, die möglich ist, weil gegenwärtig mehr als 153 Mitgliedsländer zustimmen müssen, um einen Reformschritt voranzubringen.

Eine Frage noch. Haben denn die kleineren Gruppen in der Vergangenheit soviel bessere Ergebnisse geliefert als die größeren Gruppen? Anders gefragt, war denn die G7/G8 eine Institution, die rechtzeitig und sinnvoll auf sich entwickelnde Krisen reagiert hat? Ich hätte da meine Zweifel. Vielen Dank!

Der Vorsitzende: Ganz abgesehen davon, ob der Begriff Institution zutrifft. Frau Kollegin Koczy.

Abg. Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke schön. Zunächst einmal nochmal ein herzliches Dankeschön für diese umfassende Tour durch Ansichten zur Lösung von globalen Krisen. Das war sehr, sehr hilfreich. Auch weil wir selten die Gelegenheit haben, so kompakt mal 1 ½ Stunden zuhören zu dürfen und wirklich neue Vorschläge zu hören und zu lauschen was eigentlich möglich wäre. Ich bin Ihnen sehr dankbar.

Als wir diese Anhörung geplant haben, hatten wir eigentlich noch etwas ganz anderes im Kopf. Sie entnehmen das ja auch der Überschrift, da ging es noch eher um Good Governance und die Institutionen. Da hatten wir schon die Ahnung: Hilfe, es läuft etwas schrecklich schief. Als wir vor einem Jahr damit angefangen haben, hatten wir uns eher auf die Klimakrise konzentriert. Aber dann in der Weiterentwicklung hat sich das Ganze noch einmal leicht verschoben. Wir reden jetzt von multiplen Krisen und trotzdem muss man festhalten, dass in den letzten Monaten das Thema Finanzkrise eine Dominanz hat, die erschreckend ist. Sie ist deshalb erschreckend, weil sie uns weiterhin in eine Sackgasse führt, wenn man nur diese Krise diskutiert. Von einigen von Ihnen sind da ja auch Vorschläge gekommen, wie man das integrieren kann. Dafür bin ich auch ganz dankbar.

Und jetzt noch mal einige Fragen. Frau Lütz ging ja auf das Leitbild ein, das notwendig wäre. Good Governance ist so ein schönes Leitbild. Reicht es aus oder muss man es ersetzen? Oder gibt es hier einen Schwung. Oder ist es zu erkennen, dass sich unter der Überschrift „Good Governance“ tatsächlich weitere Entwicklungen finden? Kann es sein, dass wir uns weiterhin in die Tasche lügen - Herr Dr. Solte hat das so ähnlich - ein bisschen vornehmer - ausgedrückt. Aber im Grunde genommen haben wir ja genau das getan, weil sonst säßen wir jetzt nicht da, wo wir sind. Wir sitzen ja noch relativ gut. In anderen Ländern sitzen die Menschen schon auf dem Trockenen beziehungsweise sind am verhungern.

Wir hatten ja die Frage nach den Institutionen, IWF, Weltbank, OECD, WTO gestellt. Alle diese Institutionen haben uns nicht vor diesen Krisen gewarnt. Also sind es – sage ich mal – versagende Institutionen. Wenn sie uns nicht vor Krisen bewahren, wozu haben wir sie dann etabliert? Bei uns ist es natürlich auch schon so, wenn wir hier im politischen Raum diskutieren, vertrauen wir doch weitgehend wieder diesen Institutionen, die eigentlich bisher versagt haben. Es stellt sich die Frage, ob der IWF tatsächlich die Organisation ist, die jetzt in den Zeiten der Instabilität Verantwortung übernehmen soll. Und Frau George und auch Herr Dieter haben darauf hingewiesen, dass das eigentlich nicht der Fall ist. Und auch Herr Solte hat es nochmal angedeutet, weil die Musik, die jetzt nicht mehr läuft, problematisch ist. Wir haben aber nur diese Institutionen, so dass sich die Frage stellt, wer die Musik anschaltet?

Sind es die Institutionen oder ist es das Parlament? Normalerweise ist es ja - also im Kinderspiel - die Mama, die den Knopf drückt. Wir haben hier aber niemanden mehr, der den Knopf drückt. Wo soll also diese Initiative herkommen, wenn man das im Bild überträgt? Diese Institutionen werden das ja vielleicht nicht sein. Vielleicht haben Sie dazu noch eine Idee.

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Enderlein. Sie haben diese G12 nochmal vorgetragen und reduziert und haben das Sekretariat eingeführt. Gibt es weitere Institutionen, die diesen Vorschlag teilen oder haben Sie da ein Alleinstellungsmerkmal? Jetzt schreiten wir ja lustig auf den G20-Gipfel zu - Herr Dieter hat Ihnen schon seinen Segen gegeben und hat gesagt, da wird sowieso nichts bei rauskommen, weil zuviel Unterschied besteht. Herr Alter schüttelt mit dem Kopf; Sie können darauf reagieren! Denn es ist eigentlich notwendig, dass dabei was herauskommt, es ist dringend notwendig.

Was ich bei den Papieren von Herrn Solte gut fand ist, dass er gesagt hat, dass eine globale Krise global gelöst werden muss. Die Anzeichen dafür, dass global gehandelt wird sehe ich jedoch noch nicht. Die EU diskutiert eher nach innen gekehrt und national, ist nicht einmal fähig, ihre eigenen Hausaufgaben zu machen gegenüber ihren eigenen Mitgliedsstaaten und ruft nach dem IWF. Sie sieht aber nicht die Aufgabe, im eigenen Gebiet Verantwortung zu übernehmen und da die Fragen zu lösen. Man könnte es ja angehen aber sie kommt nicht dahin, das richtig konsistent zu tun. Und das ist natürlich schon problematisch, wenn wir nun in unserem eigenen Raum es nicht schaffen die Krise so zu lösen, dass ein Vertrauen entsteht, was dann nämlich bedeuten würde, dass die Musik anfangen könnte zu spielen. Das wären meine Anmerkungen dazu. Danke.

Der Vorsitzende: Danke schön. Von diesen Anmerkungen fühlt sich jetzt wer angesprochen? Alle? Aber wer fühlt sich gefragt? Herr Solte, bitte fangen Sie an.

Dr. Dirk Solte: Ich würde zwei Ebenen auseinander halten und zwar die proaktive Ebene und die reaktive Ebene. Wir sind momentan in der reaktiven Ebene, weil es bisher gar keine proaktive Ebene gegeben hat. Wenn man jetzt reaktiv an diese herangeht – und wir sind jetzt in diesem Schlamassel –, dann plädiere ich dafür – und da bin ich nicht alleine –, das zu nutzen was da ist. Letztendlich heißt das, sich auf die abzustützen und die noch mit zu unterstützen, die in irgendeiner Form legitimiert handeln. Und das ist zumindest jetzt für dieses vielschichtige Krisenproblem - wo sich das Bewusstsein langsam auch ausbildet, dass es vielschichtig ist - nun einmal gerade hauptsächlich dieser G20-Prozess. Der ist in irgendeiner Form zumindest von den Beteiligten legitimiert, da etwas zu tun. Es gibt das Programm. Und wir würden eben plädieren, dieses Programm auszunutzen, um die ent-

scheidenden zusätzlichen Elemente zu ergänzen, und jetzt auch den 2. April dafür zu nutzen. Und dann müssen die G20 gucken, wie sie unter Einschluss von unterschiedlichsten Institutionen und Instanzen die entsprechenden Teilprobleme löst.

Vereinfacht, wenn es jetzt darum geht, die Musik wieder zum Spielen zu bringen, dann wird es sehr, sehr schwer, das über die verschiedenen Zentralbanken auf diesem Globus zu regeln. Dann macht es durchaus Sinn einen Liquiditätssicherungsfond - jetzt habe ich ein Problem mit dem Begriff, weil der Begriff Liquiditätsfonds ist schon gefallen, aber ich meine mit Liquiditätssicherungsfond etwas ganz, ganz anderes - jedenfalls macht es dann durchaus Sinn, diesen zum Beispiel bei dem IWF aufzuhängen und dann der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und da dem Financial Stability Forum, zu sagen: handelt die Details aus! Und die Organisation macht man sinnvollerweise über den IWF, weil es dazu ja auch schon Statements gibt, zumindest auf der europäischen Ebene. Dass man also den IWF vielleicht an der Stelle sogar verstärkt. Also, reaktiv das in der Krise ausnutzen, was geht, um möglichst weit den Schritt hinzukommen zu so etwas wie dem öko-sozialen Regelwerk für die Weltökonomie, so wie wir es in wohlhabenden Ländern haben.

Proaktiv würde ich ganz anders ansetzen. Ich hatte in meinen Ausführungen gesagt, das Problem besteht darin, dass ich global zwar die richtigen Ziele habe, aber eben auch nationale Egoismen – ich würde das auch gar nicht als nationale Egoismen bezeichnen, sondern in Teilen nationale Zwänge – und diese Zwänge resultieren in Teilen aus den fehlenden Regeln auf globaler Ebene. Das setzt uns unter Druck

So dass also eine internationale Instanz, wenn sie nur ein Teilsegment der Probleme betrachtet – also zum Beispiel der IWF das Geldsystem – überfordert ist. Das wäre so, als wenn man bei uns dem Regulator sagt, er solle vor der Krise warnen. Der hat aber mit der Steuergesetzgebung nichts zu tun. Und die Accountingstandards setzt auch wieder ein Dritter. Dann überfordere ich letztendlich diese Instanz an der Stelle,.

Der muss ja alles zusammen denken, auch den Umweltbereich. Da plädiere ich dafür, dass sich die Politik der Problematik bewusst sein sollte, so wie ein Unternehmen mittlerweile erkannt hat und wieder da hin will, dass man das Risikomanagement auf höchster Ebene in einem Unternehmen verankert. Da haben die sogar jetzt gesagt, das ist der Code of Conduct. Ein Risikomanagement gehört in ein Unternehmen. Das ist ja eine tolle Erkenntnis!

Das muss aus meiner Sicht auch eine Erkenntnis auf politischer Ebene sein. Das heißt, dass es auch in der Politik eine hochrangige Verantwortung geben muss für

das Thema Risikomanagement, insbesondere in diesem übergreifenden Umfeld Globalisierung und fehlenden Rahmenbedingungen auf globaler Ebene, um dort proaktiv zu werden.

Ich denke da sogar ein bisschen trickreich, weil ich mir sage, sobald es das gibt, gibt es letztendlich auch die Ressourcen, die wieder für Forschungsaufträge in den Universitäten sorgen. Damit diese auch wieder Drittmittel akquiriert bekommen für das Thema was wirklich relevant ist auf diesem Globus. Und damit, wenn sie Drittmittel haben, dann eben auch die Landes- und die Bundesförderung kommt, so dass die dann über die interessanten Probleme forschen können. Und da denke ich dabei etwas trickreich und sage, proaktiv gehört die Verantwortung eigentlich auf politische Ebene.

Der Vorsitzende: Danke schön. Herr Dr. Dieter.

Dr. Heribert Dieter: Vielen Dank. Die Frage war, von wem die Initiative für die Reform der internationalen Finanzmärkte ausgehen sollte. Und natürlich ist es naheliegend zu sagen, sie sollte von der Europäischen Union ausgehen. Aber in unserem gegenwärtigen Zustand ist die Europäische Union nach meiner Wahrnehmung nicht bereit und nicht in der Lage, supranationale Strukturen zu schaffen, die sie selbst im regionalen Rahmen kaum durchhalten möchte. Anders gesagt, ein regionales Integrationsprojekt, was zur Lösung von Finanzproblemen von Mitgliedsländern eine internationale Organisation braucht, ist innerhalb der Grenzen der Europäischen Union nur bedingt handlungsfähig und handlungswillig.

Ich will aber bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass die Anderen durchaus etwas tun. Dabei will ich auf die USA verweisen. Die amerikanische Notenbank hat im vergangenen Oktober bilaterale Swap-Vereinbarungen mit vier Ländern getroffen. Swap-Vereinbarung heißt Landeswährung gegen Dollar. Das Volumen beläuft sich auf 30 Milliarden pro Land und die vier Länder sind Mexiko, Brasilien, Südkorea und Singapur. Insgesamt also ein Volumen von 120 Milliarden, das dort zwischen der Federal Reserve und den Notenbanken der vier Länder vereinbart worden ist, was ja in etwa die Hälfte dessen ist, was der IWF zur Verfügung hat. Das Interessante bei dieser Sache ist für mich, dass das erstens vier sehr wichtige Länder in der Weltwirtschaft sind. Das weiterhin Interessante ist, dass diese Swap-Vereinbarungen – soweit ich das weiß – ohne Konditionalität bereitstehen. Das heißt, anders als im IWF, wo wir zehn Jahre nach der Asienkrise noch immer keine Mechanismen haben, mit denen der Fonds vergleichsweise frei von Konditionalitäten Mittel zur Verfügung stellt, machen die USA etwas bilateral, was sie multilateral über lange Zeit blockiert haben. Das finde ich gewissermaßen bemerkenswert.

Bemerkenswert finde ich auch, was die USA im Vorfeld von London als neues Aufgabengebiet für den Fonds vorgeschlagen haben. Herr Geithner spricht davon, dass der Fonds als Global Fiscal Cop zu operieren habe. Interessanterweise aber nicht, anders als in den vergangenen 30 Jahren, um die Staatsausgaben vieler Länder zu beaufsichtigen und zu schauen, dass die nicht zu viel ausgeben. Der neue IWF sollte vielmehr darauf achten, dass die Länder auch genug ausgeben. Das ist also die 180-Grad-Wende der Position der USA im Vorfeld des Londoner Gipfels. Ich glaube nicht, dass sie sich damit durchsetzen werden. Ich glaube auch nicht, dass der Gipfel komplett scheitern wird. Es ist schon ein Schritt nach vorne, wenn über diese Probleme im Rahmen der G20 oder der Staats- und Regierungschefs gesprochen wird. Aber die Erwartungen an London sollten nicht zu hoch sein. Der Economist schrieb, es wird eine Talkshow on Thames. Und das ist vielleicht als Charakterisierung gar nicht schlecht. Vielen Dank!

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Professor Enderlein.

Prof. Dr. Henrik Enderlein: Es kam ja noch einmal die Frage der Architektur dieses Gremiums auf. Ich glaube, ich würde drei Prioritätenebenen einziehen.

Priorität Eins ist für mich ein ständiges Sekretariat. Das hat Gordon Brown gefordert für den G20-Kontext, das ist in der Vergangenheit schon häufiger gefordert worden. Diese rotierenden Präsidenschaften im G7/G8-Kontext sind entsetzlich kontraproduktiv und schaffen einfach keine klare Stimme.

Damit ist Priorität zwei verbunden: ein Generalsekretär eines solchen Gremiums, das heißt, eine Person, die mit unabhängiger Stimme auf der internationalen Ebene sprechen kann. Ich glaube, das wäre sehr wichtig gewesen im Vorfeld dieser Finanzkrise, um früh warnen zu können. Man darf nicht vergessen, dass sowohl der IWF-Chef als auch der Weltbankpräsident an ihre eigenen Gremien gebunden sind und aufgrund des Gewichts, das man ihren Stimmen beimisst, sich auch sehr stark zurückhalten müssen. Ich glaube eine solche Generalsekretariatsfunktion wäre sehr hilfreich.

Und dann kommt die dritte Prioritätenebene, nämlich wie groß man den Klub macht. Ich glaube, irgendwann werden Historiker feststellen, wie diese G20-Idee entstanden ist. Für mich sieht es sehr stark danach aus, dass Sarkozy als EU-Ratspräsident nach Washington gereist ist und diesen Vorschlag machen wollte. Und dabei hatte er drei Möglichkeiten. Die Erste war: G7 oder G8? Das ging nicht, weil China da nicht dabei war. Die zweite Möglichkeit war: wir schaffen etwas Neues. Das hätte entsetzliche Diskussionen über die Zusammensetzung hervorgerufen. Die dritte Möglichkeit war: wir nehmen den nächstgrößeren existierenden Rahmen, und das

waren nun mal G20. Ich glaube nicht, dass das der richtige Vorschlag ist. Und wir werden diese G20-Struktur jetzt noch mindestens zwei oder drei Treffen weiter tragen. Aber dann sollte man sich ernsthaft Gedanken machen, ob dies der richtige Weg ist. Ich glaube, der Vorschlag für die G12- oder G13-Struktur ist oft gekommen. Ich weiß nicht, wie genau Sie gelauscht haben. Der Unterschied zwischen G12 und G13 ist Italien. Die Frage, ob Italien in diesem G12-Rahmen vertreten sein muss, muss man einfach stellen. Es ist immer die Frage, welches Land ist das nächste, das nicht dabei sein darf. Ich glaube nicht, wenn wir einen EU- Sitz hätten, dass wir Italien in diesem Gremium noch brauchen. Wenn wir Italien nehmen, haben wir das Problem mit Spanien und den Niederlanden, Sie kennen das aus der Diskussion. Insofern denke ich, irgendwann muss man abschneiden. Danke schön.

Der Vorsitzende: Das sehen die Italiener ganz anders. Herr Dr. Alter und dann Frau Dr. George.

Dr. Rolf Alter: Vielen Dank. Ich würde gerne zwei Bemerkungen machen, Herr Vorsitzender. Das eine betrifft die Resultate der G20. Wir sind mit Sicherheit alle gespannt. Aber ich glaube, dass es wirklich auch darauf ankommt zu sehen, dass nicht nur diese Diskussionen stattfinden. Ich nehme mal ein Beispiel der Koordination, das zurzeit wirklich stattfindet.

Wenn Sie sehen, dass mit dem Anfang der fiskalpolitischen Maßnahmen in den USA ein erster Schritt gemacht wurde, sicherlich vor allen Dingen aus einer nationalen Perspektive und dass daraus eine wirklich weltweite Bewegung geworden ist, die vielleicht noch besser koordiniert werden könnte. Sie hat aber mit Sicherheit schon dazu geführt, dass in einem ganz entscheidenden Bereich eine gemeinsame Richtung eingeschlagen wurde, viele Länder sich an der Politik orientiert haben und zusammen in Europa, aber auch in den G20, gemeinsam entschieden haben, eine solche Politik der Ausweitung der Nachfrage fortzuführen. Und wenn Sie sich anschauen, welche Bedeutung in diesem Kontext das chinesische Paket gehabt hat und haben wird, dann, glaube ich, zeigt das, dass es eine Gemeinsamkeit der Aktion gibt. Ob sich das jetzt genau am 2. April manifestiert, scheint mir nicht ganz so wichtig zu sein. Die Tendenz ist da!

Ein zweites Beispiel, das ich nehme, weil es der OECD nahe liegt. Schauen Sie sich die Bewegung an, die eingesetzt hat, um Finanzcentern ihre steuerliche Bevorteilung abzunehmen und um zu versuchen, eine größere Disziplin einzuführen. Wenn Sie sich diese Bewegung ansehen, dann werden sie sehen, dass sie ein Resultat eines gemeinsamen Willens unter diesen Ländern ist, aber auch eines Instrumentariums – und in dem Fall kann ich das mit Stolz sagen –, eines Instrumentarium, das die

OECD entwickelt hat und das sich jetzt als sehr wesentliche Koordination darstellt auf internationaler Ebene mit diesen Steuerparadiesen, wie man sagt, umzugehen.

Eine zweite Sache würde ich gerne noch einmal betonen. Es ist hier viel gesagt worden über die Reformen, die den Finanzsektor betrifft. Und ich glaube, da gibt es sehr viele gute Vorschläge. Die Krise zeigt aber auch, dass das ein sehr partieller Ansatz wäre, wenn man sich darauf beschränken würde. Und ich darf darauf zurückkommen, was Sie gesagt haben. Ich glaube, dass die Idee, die Formulierung einer gemeinsamen Zielsetzung im April mit in die Diskussion nach London zu nehmen, wie es offensichtlich Frau Merkel und Herr Brown beschlossen haben, eine hervorragende Idee ist. Es ist nämlich ein ganz wichtiger Schritt, die Ziele und gemeinsame Grundsätze zu formulieren. Und lassen Sie mich sagen, es gibt natürlich unterschiedliche Funktionsweisen von Sekretariaten. Aber wenn ich Ihnen das einfach sagen darf aus der Sicht der OECD: wir sind ein Sekretariat, relativ klein, in dem aber alle die Experten der Mitgliedsstaaten sich regelmäßig treffen, gemeinsam schauen, was funktioniert und was nicht funktioniert. Und was aus der OECD herauskommt, als Analyse, aber auch als Empfehlung, ist die gemeinsame Position, die gemeinsamen Erfahrungen der Mitgliedsstaaten. Nicht ein anonymes Sekretariat, in dem sich Experten da zusammensetzen und einfach nur so darüber nachdenken, sondern das sind sehr oft Leute, die in ihren Regierungen mit diesen Aufgaben betraut sind und darüber nachdenken und – wie man sagt – zu einer Best Practice beitragen. Ich glaube, dass das wichtig ist, dass man sieht, dass solche Funktionsweisen gut verankert sind. Wie Sie gesagt haben, man muss die einzelnen Aspekte einer solchen breiten Zielsetzung, einer solchen Grundsatzdiskussion dann auch umsetzen. Und dafür gibt es – glaube ich – gute Ansätze hier.

Letzter Punkt, den ich machen möchte: Sie haben gesagt, da muss man auch vielleicht von den Nichtregierungsorganisation verfolgen. Das ist wohl absolut richtig. Und ich kann da sagen: in unserer Organisation, als sie gegründet worden ist, nachdem sie den Marshallplan erledigt hat - es ist ja eine Nachfolgeorganisation -, ist zum gleichen Zeitpunkt vereinbart worden, dass die Gewerkschaften und die Vertreter der Industrie des privaten Sektors bei uns am Tisch sitzen. Das nannte man Trade Union Advisory Committee und Business and Industry Advisory Committee.

Ich glaube, dass es OECD seit 40 Jahren ein Element ist, das jedenfalls heute in einer Entscheidungsfindung, in der es nicht nur um die Analyse durch Experten, sondern auch politische Akzeptanz geht und einen ganz wesentlichem großen Vorteil hat, den einer Organisation. Unabhängig davon, was wir vielleicht in den nächsten Jahren sehen werden. Danke schön.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Dr. George.

Dr. Susan George (*deutsche Übersetzung*): Danke schön. Ich möchte mich zunächst einmal bei den Dolmetschern bedanken, dass sie hier allein für mich so hart arbeiten. Ich freue mich sehr, dass ich der Unterhaltung deshalb so gut folgen kann.

Worum es uns hier geht ist, dass es gar keine Warnung gegeben hat, abgesehen davon, dass die BIS durchaus von Folgen, wie beispielsweise in den dreißiger Jahren, gesprochen hat, ich glaube es war im Juni 2007. Ich würde deswegen ganz gerne sagen, dass viele von uns sehr wohl gewarnt haben. Ich bin Gründungsmitglied von Attac und wir reden schon seit zehn Jahren von der Kasinowirtschaft und von den Finanzregularien. Ich denke deshalb, wenn NROs nicht irgendwie integriert sind, dann wäre es sehr schwierig, eine wirklich unabhängige Institution zu gründen, die warnen würde. Man müsste den IWF fragen, warum er uns nicht vor der Krise gewarnt hat, als es in Asien Ende der neunziger Jahre losging und sich dann ausweitete. Warum haben sie uns diesmal nicht gewarnt? Die Antwort lautet dann: wir haben das kommen sehen, aber wenn wir etwas gesagt hätten, wäre das eine sich selbst erfüllende Prophezeiung und dann wäre es erst recht schlimm geworden. Und dann wären wir daran schuld gewesen. Also haben wir nichts gesagt. Ob das stimmt oder nicht, diese Antwort bekommen Sie jedenfalls. Dies ist die Entschuldigung, die Sie hören, wenn der IWF gefragt wird.

Was macht man nun also? Wie bekommt man eine Institution soweit, dass sie ihre Unabhängigkeit nutzen kann und sich nicht darauf zurückzieht, dass sie eine Ideologie zu vertreten hat oder die Partner berücksichtigen muss? Denn wir müssen natürlich auch zugeben, dass der IWF und die Weltbank in Washington sitzen, also nicht sehr weit weg vom Finanzministerium der USA. Es ist durchaus bekannt, dass sie ganz gerne die Politik nachvollziehen, die das Finanzministerium vorgibt, gleichgültig, welche Ideologie gerade im Angebot ist. Mir erscheint es deswegen sinnvoll, Organisationen zu integrieren, die keinen Anteil an der ganzen Geschichte haben, wie zum Beispiel Attac oder das Netzwerk für Steuergerechtigkeit – und ich kann Ihnen eine ganze Liste von Leuten geben, die darüber geschrieben haben, was sich als richtig erwiesen hat –, damit das Problem gesehen und gehört wird. Das Problem ist auch, dass keine der Organisationen Geld hat. Deswegen wäre es vielleicht sinnvoll, eine Art Schattenregierung zu finanzieren, um unabhängig vorherzusagen, was möglicherweise passieren wird.

Wir alle sind Opfer der Deregulierung seitens eines Landes, der USA, geworden. Ein Land, das den Glass-Steagall Act abgeschafft hat, wodurch die Investmentbanken gezwungen wurden, sich zusammenzuschließen. Als dieser weg war, wurden viele Institutionen zu groß, als dass sie scheitern konnten. Das hat sich dann dort

ausgedehnt, wo Frau Thatcher den Big Bang organisiert hat. Und es war sehr, sehr schwierig, sich zu entscheiden, wenn andere das vorgeführt hatten. Man war also Opfer der Deregulierung sowohl seitens der Banken als auch seitens der Rohstoffmärkte, wo also die Rohstoffmärkte ihr Modernisierungsgesetz durchsetzten. Das war sicherlich nicht die einzige Ursache, aber eine sehr direkte Ursache für die riesigen Spekulationen auf den Lebensmittelmärkten im Jahre 2007 bis zu der ersten Hälfte des Jahres 2008, wo es zu großem Schaden kam für Millionen von Menschen, die in eine Lebensmittelkrise gestoßen wurden. Das ist Ihnen alles bekannt, dass wir in den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 genau das erlebt haben.

Wie schafft man nun also Mauern zwischen der einen Nation, die dereguliert ist und uns anderen? Das kann ich zwar nicht lösen, aber ich möchte auf dieses Problem hinweisen. Es ist ein ideologisches Problem. Bis Mitte der siebziger Jahre war jeder Keynesianer. Wir waren alle miteinander sehr wohlhabend. Es wurde gesagt, dass die Ideologie des Marktes alles entscheiden muss. Alles muss privatisiert werden. Die Regierung darf sich nicht einmischen. Das ist ein ganz junges Phänomen. Wir haben die Konsequenzen jetzt gerade erlebt. Es funktioniert nicht. Jetzt reden die Menschen davon, dass wir wieder Keynesianer werden sollten, einschließlich all derer, die sich seinerzeit stark dagegen verwahrt hatten.

Wir sollten allerdings noch etwas zur WTO sagen. Was machen wir mit der WTO? Wir könnten Schlimmeres haben, als wieder auf Havanna 1947 zurückzukommen. Dort wurden, trotz des Datums vor nunmehr gut sechzig Jahren, Arbeitnehmerrechte festgelegt und es wurde dort auch bereits von der Umwelt geredet. Es wurde auch davon geredet, dass Rohstoffpreise für die Produzentenländer stabil sein müssen. Und vor allem wurde die Idee von Keynes, einen Bankenkern einzuführen, erwähnt. Wenn wir das als eine internationale Währung für die verschiedenen Dinge hätten, dann hätten wir entweder nicht den enormen Überschuss von China erlebt oder das enorme Defizit der Vereinigten Staaten. Es wäre unmöglich gewesen, solche riesigen Überschüsse oder solche riesigen Defizite zu erwirtschaften. Es wäre angeglicher gewesen. Und die Ungleichgewichte im Handel wären nicht so riesig gewesen. Wir hätten folglich auch nicht die Schuldenkrise, wie wir sie jetzt erleben. Wir sollten also darüber nachdenken, uns in der Vergangenheit nach Lösungen umzusehen, die damals entweder von den USA abgelehnt wurden oder auch von anderen. Und ob uns das nicht etwas für die Gegenwart sagt.

Was den IWF und die Weltbank angeht, so glaube ich nicht, dass einzelne Institutionen es schaffen können so etwas wie der „lender of last resort“ zu sein. Das Problem scheinen eher die Bedingungen zu sein und welches Mandat diese Institutionen haben wird und wer ihnen dieses Mandat erteilt. Denn wenn sie ein wirklich

neoliberales Mandat haben – ein rein marktwirtschaftlich orientiertes –, dann bekommen wir wieder strukturierte Anpassungsprogramme, die wiederum die Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten in der Welt verstärken, die schon jetzt katastrophale Ausmaße angenommen haben. Das ist etwas, das ich auch nicht lösen kann. Aber wenn wir nicht ein Mandat haben, wie ich es versucht habe zu beschreiben, einen massiven Umbau in Richtung grüne Technologien, Ablösung der fossilen Brennstoffe, alternative Energien, kann ich mir nicht vorstellen, dass wir irgendetwas anderes erleben werden als wieder die gleiche Konditionalität, wie wir sie schon kennen. Weil sich die Ideologie dieser Institutionen, ihre Kultur, nicht verändert hat, da sie keine Sanktionen erlebt haben.

Mein letzter Kommentar bezieht sich auf Dr. Solte, der sich dafür interessiert hat, wo das Geld eigentlich herkommt. Er sprach von Mehrgeldsteuer. Darüber habe ich noch nie nachgedacht. Das könnte klappen. Die meisten Länder haben in den letzten zwanzig Jahren allerdings die Steuern für ihre reichsten Bürger abgebaut. Wir haben ja gerade erst in Frankreich eine riesige Debatte erlebt. Wir haben Währungs-transaktionen vorgeschlagen und dass ein winziger Bruchteil von Steuern auf all diese Finanztransaktionen erhoben werden könnte, so dass wir trotzdem zu etlichen Milliarden kommen würden. Wir könnten also endlich mal etwas unternehmen und nicht bloß darüber reden. Diese Konditionalität wäre denkbar und dass dann die WTO eingesetzt wird, um die Situationen zu verbessern. Ich weiß, ich gehe jetzt ein bisschen weiter, als Sie es hier dargestellt haben.

Warum sollten wir dann nicht versuchen, Institutionen zu engagieren, um die verschiedenen Länder auf einer Ebene zu betrachten und zu analysieren, wie es mit der Respektierung der Arbeitnehmerrechte, der Menschenrechte und der Umwelt aussieht. Burkina Faso mit Luxemburg zu vergleichen bringt nichts. Man kann Burkina Faso aber mit einem Land vergleichen, das auf derselben Entwicklungsebene steht und diese dann in verschiedene Ebenen einordnen. So dass man sich dann zum Beispiel beim Kaufen von Kaffee oder Tee entscheiden kann, ein Land zu wählen, das die besten Noten für Menschenrechte, Arbeitnehmerstandards und Umweltschutz bekommen hat. Damit man eben nicht von jemandem seinen Tee oder Kaffee kauft, wo die Arbeitnehmerrechte am schlimmsten ignoriert werden. Das gibt es momentan innerhalb der WTO nicht.

Viele hochangesehene Menschen reden inzwischen davon Steueroasen zu schließen. Wir halten das für sehr wichtig, die transnationalen Unternehmen unter Kontrolle zu bekommen und die Verrechnungspreise zu beenden. Ich bin gleich fertig, ich bin gleich fertig. Aber ich habe, glaube ich, meine gesamte Zeit nicht voll ausgenutzt. Das würde zusammen mit den Steueroasen eine ganze Menge Mittel

freisetzen für alle möglichen Regierungen. Die Europäische Zentralbank weigert sich Anleihen auszugeben. Warum machen wir das nicht für große europäische Projekte, insbesondere ökologische Projekte und zurück zu den Banken? Danke schön.

Der Vorsitzende: In Ordnung. Ich möchte nun meine eigenen Anmerkungen einfügen, denn ich muss auf die Uhr schauen. Frau Prof. Lütz und Herr Prof. Tomuschat möchten auch noch etwas sagen. Aber es befinden sich noch vier weitere Personen auf meiner Rednerliste und wir haben nur noch 30 Minuten. Also würde ich Folgendes vorschlagen: wir enden nun mit unserer Fragerunde und beginnen mit denjenigen, die noch keine Gelegenheit hatten sich zu äußern.

Abg. Lothar Binding (SPD): Frau Dr. Lütz hat gesagt, eine internationale Organisation soll mehr Verantwortung übernehmen. Mich würde interessieren, in welcher Form. Zuvor war ich nämlich bei einem Fachgespräch über die Bankenaufsicht. Und das was dort diskutiert wurde und was hier diskutiert wird, hat merkwürdig wenig miteinander zu tun. Man muss ja überlegen, was eigentlich abgegeben werden muss als ein hinreichendes Instrumentarium um die Ziele zu erreichen.

Ich mache mal ein aggressives Beispiel: Basel II wurde noch nicht einmal in den USA umgesetzt, was eine Teilursache für die Krise darstellt. Nur um mal ein Schlaglicht zu geben. Aber es gibt ja weitere Fragen, die Geldmengensteuerung, welche Modelle, welche Produkte, welche Haftung für Vorstände, welche Rechte von Vorständen, welche Haftungen und Rechte, Verantwortlichkeiten von Aufsichtsräten und so fort. Ich kann das alles runterdeklinieren. Was müsste eigentlich in so eine internationale Institution gegeben werden, damit es funktioniert? Vielleicht noch ergänzt um die drei Vorschläge von Herrn Solte. Mit so einer Vorstellung, die wir ja heute so fern weg definieren können, wie etwa Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage oder gar Maximalreserve für alle Akteure am Finanzplatz. Ich könnte mir das im Moment nicht vorstellen. Und ich sage das als jemand, der im Finanzausschuss sitzt und eigentlich auch permanent mit Leuten diskutiert, die sich als Akteure definieren, damit das international funktioniert. Das würde mich interessieren, ob Sie eine Idee haben, wie so etwas funktionieren soll, weil das Wort Verantwortung ja dann Antworten geben hieße.

Der Vorsitzende: Danke schön. Es kommt Frau Schuster.

Abg. Marina Schuster (FDP): Zunächst möchte ich noch einmal ganz herzlichen Dank sagen an alle Experten, die heute hier sind. Denn es ist ja eine Frage, die man am Rande von bestehenden Unterrichtungen der Bundesregierung nicht so umfassend angehen kann, wie wir das hier heute versuchen. Gleichwohl bleiben bei

mir Fragen offen. Ich habe für mich versucht, eine kleine Conclusio zu machen. Wenn ich Sie alle richtig verstanden habe, ist es derzeit so, dass keine bestehende Organisation in den gegebenen Strukturen, die sie hat, geeignet ist, die speziellen Finanzmarktrisiken, die Finanzmarktüberwachung vielleicht auch auf der Makroebene zu organisieren. Das ist mein erster Punkt.

Der zweite Punkt wäre dann aber sozusagen auf der Mikroebene. Wenn man sagt, es gibt vielleicht neue Organisationen oder eine die geändert werden muss, dann ist die Frage doch auch, nach welchen Vorschlägen oder nach welchen Kriterien diese Organisation dann arbeitet. Da haben wir verschiedene Vorschläge gehört. Einmal Frau Prof. Lütz, die – da komme ich nachher nochmal drauf – dieses systemische Risiko als Anker nimmt und sagt, dass es hier eine Zulassungsbehörde geben muss. Oder auch Professor Solte, der sagt, dass man vielleicht eine neue Steuer mit einem neuen Weltstrukturfonds einführen sollte – wenn ich das richtig verstanden habe. Für mich bleibt jedoch die Frage: welche Mechanismen der Durchsetzung, des Enforcements wären dann einfach gegeben? Wir haben viele Organisationen, die sich mit ganz vielen Sachen beschäftigen. Nur stellen wir fest, dass selbst geltende Regeln, die eigentlich verbindlich sind, nicht umgesetzt werden, dass es aber keinen Mechanismus gibt, der sich darum kümmert, damit das wirklich tatsächlich funktioniert. Das ist die Grundfrage: wer ist zuständig für Kontrolle und Überwachung, und nach welchen Leitfäden? Das ist das, was mich umtreibt.

Zu den zwei speziellen Frageblöcken: Einmal an Frau Prof. Lütz, weil mich dieser Gedanke der Zulassungsbehörde interessieren würde, die dann die Risikoabschätzung vornimmt. Nach welchem Verfahren wird welches Risiko dort gemessen? Das ist ja von der prognostischen Basis sehr, sehr schwer. Auch verändert sich das Risiko im Zeitablauf, kann von heute auf morgen komplett schwanken. Gibt es da eine Rückruforganisation, die dann sagt, jetzt haben wir ein Risiko? Oder ab wann ist eine Grenze überschritten, ab welchem Risiko erfolgt keine Intervention. Das ist ja die strukturelle Frage. Wenn man sagt, man möchte da einsteigen, dann muss man auch sagen, wie genau die Mechanismen dann wären. Das wäre also der Punkt, die Verfahren der Prognostik, dann natürlich auch wie man im Zeitablauf agiert und wie dann diese Behörde ausgestaltet werden könnte.

Der zweite Frageblock wäre an Professor Enderlein gerichtet, zu den G12. Ich glaube, da steht und fällt alles damit, dass sie im supranationalen Interesse handeln. Da habe ich meine großen Bedenken und frage Sie: wie müsste man da die Strukturen und Anreize verankern? Denn wenn ich jetzt mal ein anderes Beispiel nehme: bei dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – das ist ein anderes Gremium, klar –, da erleben wir ja oft, dass nicht im supranationalen Interesse

gehandelt wird, sondern dass einzelne Staaten nach nationalem Interesse ihr Veto geltend machen und bestimmte Resolutionen verhindern. Wir wollen ja nicht die gleichen Fehler wiederholen. Deswegen die Frage: wie könnte man auch da Strukturen schaffen, damit wirklich das supranationale Interesse im Vordergrund steht und es nicht wieder darum geht, welches Land in diesem Gremium ist und welcher Posten dabei raus springt? Das ist die Krux, die ich daran sehe.

Die letzte Frage, die wir auch bei uns im Unterausschuss schon ein paar Mal hatten: für wie geeignet halten Sie eine Neuorganisation? Zum Beispiel wie es die Frau Bundeskanzlerin vorgeschlagen hat, diesen Weltwirtschaftsrat bei den Vereinten Nationen, der dann eine wie auch immer geartete Charta des nachhaltigen Wirtschaftens überwacht? Da reicht ein klares Statement, ob die Idee weiter zu verfolgen ist oder ob Sie sagen, dass das von der Struktur her nicht geeignet ist. Dabei würde ich es belassen.

Der Vorsitzende: Danke schön. Frau Lötzer.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.): Ja, vielen Dank. Auch von mir aus erst mal ein herzliches Dankeschön an die Sachverständigen zu Ihren Ausführungen. Ich finde im Verlauf der Anhörung ist eines – für mich jedenfalls – nochmal sehr deutlich geworden, nämlich dass es nicht nur um Strukturen und Institutionen geht, sondern um die Leitlinien und Leitbilder, denen diese Institutionen folgen und mit denen sie agieren. Da hat Frau George ja eine ganze Menge zu gesagt, aber auch andere, auch Frau Lütz hat ein Leitbild eingefordert. Da ist also schon einiges dazu gesagt worden. Es haben ja nicht nur die Institutionen versagt. Hinter den Institutionen standen ja auch Regierungspolitiken, die auch dieser Dreifaltigkeit von Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung gefolgt sind und dies als Leitbild in den Verhandlungen in den Institutionen durchgesetzt haben. Von daher jetzt von mir aus nochmal die Frage: welche drei wesentlichen Punkte würden Sie für so eine Charta der Nachhaltigkeit, ein Leitbild der Nachhaltigkeit setzen? Was wären da für Sie die drei wichtigsten Punkte?

Zweitens, gibt es eine strukturelle Frage, also ob G12 oder G20. Es gibt ja einen erheblichen Konflikt zwischen den UN- und den Entwicklungsländern auf der einen Seite und all diesen Modellen von G12, G20 oder wie vielen auch immer. Es gibt ja im Moment den Konflikt, dass die UN sich ausgeschlossen fühlt von dem Prozess der Regulierung. Eigentlich will sie diesen Prozess koordinieren und nicht die G20 oder erst recht nicht die G7 oder die G8. Wie sehen Sie diese Legitimationskrise und auch die Konflikte, die daraus erwachsen, denn der Konflikt zwischen UN und diesen Organen nimmt im Moment eher zu und nicht ab? Das wäre das Zweite. Und wie

sehen Sie selber die Legitimation der UN? Diese beiden Fragen wären mir jetzt erst einmal die Wichtigsten.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Ich wollte zum Schluss auch noch etwas fragen. Ich will mir verkneifen, ein Resümee zu versuchen, dazu werden wir noch viel Gelegenheit haben. Die einen nennen es weltweite Ordnungspolitik, die anderen nennen es internationale soziale Marktwirtschaft, die dritten nennen es nachhaltiges weltweites Regieren, wie auch immer. Die unterschiedlichsten Formulierungen, auch je nach Standpunkt, meinen doch irgendwo immer das gleiche, nämlich eine legitimierte Gestaltung der Weltwirtschaft und der damit zusammenhängenden Bereiche menschlichen Lebens. Wir haben heute versucht, zunächst einmal das Tableau ein wenig zu klären und uns dann auf einen Aspekt zu begrenzen. Wenn man das mit der Nachhaltigkeit oder der sozialen Marktwirtschaft ernst nimmt, dann stellt man in dem Gefüge ja fest, dass es eine Organisation gibt, die nicht nur ein ziemlich dichtes Regelsystem hat, sondern die auch durchsetzungsfähig ist. Das ist die Welthandelsorganisation. Dann gibt es eine mit ungeheurer hoher Reputation, die vergleichsweise machtlos ist. Das ist die ILO. Dort sitzen aber seit den dreißiger Jahren die sehr wichtigen gesellschaftlichen Gruppen, Gewerkschaften und Unternehmen, zusammen und haben viele gute Konventionen gemacht. Nicht folgenlos aber mit geringer Durchschlagskraft. Dann gibt es den Umweltbereich, der mit UNEP, UN-Prozessen, plurilateralen Abkommen etc. ausgestattet ist, aber nicht in gleicher Weise verfasst ist – wenn man das sagen kann – wie die anderen beiden. Und dann folgt der Bereich der Menschenrechte, der stärker bei der UNO angesiedelt ist. Und dann gibt es den Bereich der Entwicklung, der in vielfältiger Weise, regional wie national, aber eben auch international, zum Teil in Verknüpfung mit dem ökologischen Bereich angesiedelt ist.

Sehen Sie überhaupt eine Chance, ein solches System zu einem handlungsfähigen System von Global Governance zu entwickeln, in dem alle die genannten Aspekte, die sich in der einen oder anderen Form heute abbilden, zu ihrem Recht kommen und eine Balance finden? Denn wie man im Finanzbereich sieht, bringt man es offensichtlich nur bei gewissenhaften Entwicklungen richtig in Bewegung, weil dann die unterschiedlichsten Gruppierungen in etwa ein gleiches Ziel verfolgen.

Das ist diese einfache Frage die ich Ihnen zum Schluss auch noch stellen wollte. So, und jetzt dürfen Frau Prof. Lütz und Herr Prof. Tomuschat anfangen, weil wir Sie gerade vorhin abgewürgt haben. Herzlichen Dank!

Prof. Dr. Susanne Lütz: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich nicht auf alle Fragen eingehen kann. Ich möchte mit der Frage beginnen, von wem die Initiative ausgehen sollte, beziehungsweise von wem sie ausgeht. Ich denke, wir müssen einfach zur

Kenntnis nehmen, dass es die Stunde der Nationalstaaten ist zu handeln. Und wenn man sich dies vor Augen führt, geht es eigentlich darum, zu berücksichtigen, dass es Regierungen sind, die ihren Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig sind für die Gelder, die sie ausgeben. In der Politik nennen wir das Zweiebenenspiel, das heißt dass sie sich immer nach innen legitimieren müssen, wenn sie nach außen kooperieren wollen.

Wenn man sich jetzt fragt, ob dies die Grundanreizstruktur ist, mit der wir es zu tun haben – und ich glaube, dass das der Fall ist - muss man sich fragen, welche Arten von Problemen wir eigentlich im Finanzsektor vorliegen haben. Wir haben zum einen Verteilungsprobleme. Da geht es darum, die Lasten zu regeln, die zur Krisenbewältigung aufzubringen sind. Das bedeutet, das, was der eine aufbringt, von dem profitiert der andere. Das heißt, dass wir es vielleicht mit Nullsummenspiel zu tun haben. Und das sind Konstellationen, die für Regierungen, die Gelder ihren Wählern gegenüber legitimieren müssen, extrem unpopulär sind. Gelder für den IWF aufzubringen geht auf Kosten höherer Staatsverschuldung und höherer Zinsen, was dazu führt, dass man die Mittelklasse schädigt oder ärmere Schichten benachteiligt. Gerade in Zeiten eines Wahljahres stellt das ein Problem dar, das sich sehr, sehr schwer lösen lässt. Insbesondere dann, wenn man das Problem auf eine globale Ebene transportiert. Das heißt, immer dann, wenn man es mit Verteilungsproblemen zu tun hat – dies wäre mein Plädoyer –, müssen wir autonomieschonende Lösungen finden. Das heißt, man muss es dezentralisieren.

Deswegen die Überlegung, den IWF mittelfristig eher in eine subsidiäre Funktion zu bringen, aber zu überlegen, wie wir auf der unteren Ebene Strukturen schaffen, die solche Umverteilungen erleichtern können. In der EU sehen wir im Moment, dass es nicht leichter geht. Herr Steinbrück hat ja in der Diskussion über die Frage, ob es einen europäischen Fonds, finanziert durch die Ausgabe europäischer Staatsanleihen, geben sollte, sehr schön formuliert, nämlich nach dem Motto, wenn ich als wirtschaftlich starkes Land dazu beitrage, dass sich die Staatsanleihen Griechenlands besser absetzen lassen, dann kostet das meine Wähler drei Milliarden Euro mehr Geld, die ich legitimieren muss. Und das sind die Probleme, die dann zu vergegenwärtigen sind, wenn wir es auf globaler Ebene mit Umverteilung zu tun haben.

Davon abgekoppelt gibt es Probleme, die wir Koordinationsprobleme nennen, wo es darum geht, nur eine Lösung zu finden, aber letztendlich davon ausgehen können, dass alle ein Interesse an der Lösung haben. Probleme dieser Art finden wir im Bereich der Risikobemessung, aber auch der Definition von Standards. Das führt dazu, dass wir in dem Finanzsektor so viele Standards haben, wie wir es bisher noch

gar nicht angesprochen haben. Man kann sogar sagen, dass ist der Bereich, der - verglichen mit vielen anderen Wirtschaftsektoren – am meisten reguliert ist, in der Weise, dass man „Best Practise“-Regeln hat, die im Banken-, Versicherungs-, Wertpapierbereich angesiedelt sind. Unmengen von Codes gibt es da, was auch daran liegt, dass das Lösungen sind, auf die sich Staaten einigen können. Und das bedeutet, dass wir auf der Ebene eher globalere Lösungen anstreben können. Deswegen auch mein Vorschlag, das Financial Stability Forum zu stärken, weil das eine Organisation ist, in der es bislang eher um die Abstimmung dieser Standards ging. Wo man sich dann eben fragen kann, was wollen wir eigentlich.

Das Problem bei diesem Problemtypus ist, dass wir die Einhaltung sicherstellen müssen. Da haben wir im Prinzip auch wieder mehrere Mechanismen zur Auswahl. Zum einen könnten es die Staaten machen, was aber nicht immer funktioniert, wie wir in den USA gesehen haben. Oder es könnten Marktmechanismen unterstützend eingesetzt werden, was im Bankensektor in den letzten fünf bis zehn Jahren ein Paradigma war. Wir unterstellen immer, dass die Banken dann die Standards einhalten werden, wenn es durch Rating-Agenturen honoriert wird oder wenn die institutionellen Investoren es im Prinzip dadurch honorieren, indem sie ihre Aktien kaufen. Man kann aber natürlich nicht unterstellen, dass das notwendigerweise ausreicht. Es gibt noch andere Prinzipien, zum Beispiel gibt es im Bereich der Corporate Governance Regulierung das Comply-or-Explain-Prinzip. Das heißt, derjenige, der einen Standard nicht einhält, muss dazu Stellung nehmen, warum er das nicht tut. Das bedeutet jedoch, dass zusätzliche Kosten entstehen und Berichtspflichten für den Fall, dass er sich entziehen möchte. Das sind aber alles noch sehr unbefriedigende Sachen, das muss man natürlich zur Kenntnis nehmen. Es geht in der Tat darum, die Umsetzung zu sichern.

Ihre Frage nach der Erfassung des Risikos ist natürlich eine ganz zentrale, weil bislang in dem zurückliegenden Ansatz der Bankenregulierung dieses Risikomanagement und die Erfassung von Banken geleistet wurde. Man hat den Banken die Möglichkeit gegeben, auf der Basis eigener Ratingurteile, beziehungsweise Urteile der Rating-Agenturen, aber auch auf der Basis eigener Risikomanagementmodelle, möglichst zeitgenau zu kalkulieren, wie ihre Risikostruktur gemessen an ihrem eigenen Portfolio ist. Man hat dann gesagt, die sollen ihre Eigenkapitalunterlagen selbst berechnen, was flexibel variieren kann. Das ist natürlich eine Art von Flexibilität, die ich rückblickend für extrem problematisch halte. Man hat versucht, die Puffer an Kapitalabsicherung immer weiter einzuschränken. Und im Moment ist man gegensteuernd und sagt, dass diese Eigenkapitalrücklagen höher sein werden, als man das vorher bedacht hat. Vermutlich kann der Staat es nicht besser als die Banken. Aber man müsste sich

natürlich auch Lösungen überlegen, die die Aufgabe dieser Risikoerfassungskalkulation verstetigen. Ich denke, das ist Aufgabe einer nationalen Bankenaufsicht. Aber es könnte auch im Rahmen dieses Financial Stability Forums sehr viel stärker thematisiert werden.

Dann möchte ich noch etwas zur WTO sagen, auch weil dies immer wieder angesprochen wurde. Ich denke, die WTO kann überhaupt gar kein Vorbild sein, weil wir es hier im Finanzmarktbereich mit ganz anderen Problemen zu tun haben. Wir haben mit Verteilungsproblemen zu tun in der Art, wie ich es gerade angesprochen habe. Diese müssen durch Koppelgeschäfte gelöst werden und man muss große Kompromisspakete schnüren. Das ist kein Problem, auf das die WTO reagiert. Und wenn wir es mit der Einhaltung von Standards zu tun haben, wäre Mechanismus à la Streitschlichtung kontraproduktiv. Das würde nämlich bedeuten, dass man jemanden verklagt, weil er den Standard nicht eingehalten hat, aber mit dem Urteil das Recht erwerben würde, selber den Standard nicht einzuhalten, á la Strafzoll und Vergeltungsmaßnahme. Das wäre dann ein Mechanismus, der zu einem „Race to the bottom“ führt, weil letztendlich keiner mehr die Standards einhalten würde, also sich alle schlechter stellen würden. Und das ist im Grunde nicht die adäquate Antwort auf die Probleme im Finanzsektor.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Professor Tomuschat.

Prof. Christian Tomuschat: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich will möglichst wenig Zeit in Anspruch nehmen und nur vier kurze Bemerkungen machen. Die erste Bemerkung betrifft die Subsidiarität, das Stichwort, das speziell im Bezug auf die Bankenaufsicht eingeführt worden ist. Ich glaube, da sollte man sich auf gemeinsame Regeln einigen, die aktuelle Kontrolle sollte jedoch in den Händen entweder regionaler oder nationaler Instanzen liegen. Das hat den Vorteil, dass man das dann auch effektiv durchsetzen kann. Ich halte nichts von irgendwelchen weltweit agierenden Bankenaufsichtsbehörden. Das wird wahrscheinlich nicht funktionieren. Das lehrt einfach die Erfahrung.

Meine zweite Bemerkung betrifft die ILO. Herr Vorsitzender, Sie haben die ILO als eine erfolgreich arbeitende Institution hingestellt, wo eben auch die Unternehmer und die Gewerkschaften mitarbeiten. Das ist natürlich institutionell richtig. Andererseits hat sich die ILO, wie genauere Betrachtung zeigt, in guten Absichten erschöpft. Es gibt über hundert Verträge und Empfehlungen und die sind teilweise nur von fünf oder sechs oder sieben Staaten ratifiziert worden. Es ist in der Tat ein völliger Fehlschlag. Man darf also nicht nur den guten Absichten nachfolgen. Das bedürfte einmal einer genaueren Aufarbeitung. Ich habe das mal getan und war erschrocken darüber, wie schlecht der Ratifikationsstand all dieser Abkommen ist.

Das dritte, the Grand Project, würde ich im Auge behalten. Aber man kann sich natürlich auch auf ganz konkrete Missstände konzentrieren. Es gibt Dinge, die sind einfach fassbar und greifbar. Wie etwa im Bereich der Entwicklungshilfe. Die Doppelarbeit von Weltbank und UNDP. Örtliche Vertreter in den Hauptstädten der Länder der Dritten Welt, die dann jeweils ihre eigenen Stäbe und Sekretariate haben. Also ich glaube, es gibt Möglichkeiten, auch sehr viele punktuelle, konkrete Missstände zu bekämpfen. Man soll nicht das große Projekt aus dem Auge verlieren. Aber es gibt auch Dinge, wo man wirklich aktuell handeln kann.

Meine vierte Bemerkung ist eine etwas skeptischere Bemerkung und sie schließt an das an, was Frau George gesagt hat. Im Grunde gehen wir von der Annahme aus, dass alles wieder so werden soll wie vor der Krise. Wie zu dem Zeitpunkt wo die Krise ausgebrochen ist. Sie schütteln den Kopf, das finde ich großartig, denn das kann ja wohl nicht sein, nicht wahr? Eine Wirtschaft, die bis zum äußersten ausgereizt ist. Wo natürliche Ressourcen bis zum geht nicht mehr verbraucht werden und Reiseverkehr und Flugverkehr bis zum Maximalpunkt ausgereizt sind.. Die Krise ist also gleichzeitig eine Gelegenheit, etwas kritisch darüber nachzudenken, wie es weitergehen kann. Nicht nur in den nächsten zwei oder drei Jahren, sondern in den nächsten zwanzig, dreißig oder fünfzig Jahren. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Dr. Dieter wird jetzt vorgezogen, weil er um 17:30 Uhr in der SWP einen Workshop hat, bei dem er pünktlich sein muss.

Dr. Heribert Dieter: Ja, vielen Dank. Meine Bemerkung schließt sich unmittelbar an das an, was Herr Tomuschat sagte. Ich greife die Frage auf, die Sie, Frau Schuster, gestellt haben. Nämlich die Frage, ob denn die Initiative von Kanzlerin Merkel zur Schaffung einer Charta nachhaltigen Wirtschaftens so vernünftig ist. Wenn man damit die Idee verbindet, dass das ein sanktionsbewehrtes Instrument werden soll, dann nicht. Das wird nicht kommen. Wenn man das aber als eine Weiterführung des Global Compact sehen möchte, wo man sich in größerem Rahmen darüber Gedanken macht, wie man nachhaltiges Wirtschaften in Bezug auf Ökologie, soziale Fragen und auch nachhaltiges Wirtschaften als solches in die Diskussion hineinträgt, dann könnte das vielleicht hilfreicher sein als wir uns gegenwärtig vorstellen können.

Ich habe mich in den letzten Wochen auch mit der Frage beschäftigt, wie der Stellenwert von Nachhaltigkeitskonzepten in Unternehmen im Zuge der Krise einem Wandel unterworfen wurde. Und es zeigt sich, dass vergleichsweise wenige Unternehmen die eingeschlagene Richtung, die eingeschlagenen Ziele des Global Compact in der Krise über Bord geworfen haben. Vielmehr bekommen sie von vielen Unternehmen die Rückmeldung, dass sie sich jetzt erst recht in Richtung nachhaltiges Wirtschaften orientieren. Und das ist ja auch ein Ergebnis der Krise. Die

Orientierung an der kurzfristigen Maximierung von Profiten und sonstigen kurzfristigen Zielen ist ja durch diese Krise stark diskreditiert. Insofern kann in diesem Projekt von Frau Merkel eine Chance stecken, aber nicht, wenn man davon erwartet, dass ein Weltwirtschaftsrat dann irgendwelche Sanktionen verhängen wird.

Herr Fritz, ich glaube, dass die Chancen für ein handlungsfähiges System von Global Governance eher schlecht sind. Ich denke, dass es punktuell Möglichkeiten gibt, globale Regime zu schaffen. Aber ich glaube, dass das auf einige wenige Fälle beschränkt ist. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, dass man im Hinblick auf die Versorgung von Ökonomien mit Liquidität von der gegenwärtig sehr schwierigen Situation wekommt. Die Situation, die davon gekennzeichnet ist, dass Nationalstaaten und deren Notenbanken auf 7.000 Milliarden Dollar an Währungsreserven sitzen, was eine Verschleuderung von Kapital ist, eine Versicherung gegen schlechte Zeiten, die im Grunde sehr sinnlos ist. Es wäre sehr viel effizienter, wenn wir einen globalen Gläubiger der letzten Instanz hätten, aber das ist gewiss ein eigenes Thema, zu dem ich jetzt zur SWP gehe, wo wir genauer darüber reden werden. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Dann herzlichen Dank Ihnen, Herr Dr. Dieter, und viel Erfolg bei dem nächsten Unternehmen. Wer wünscht jetzt in der Schlussrunde als nächster das Wort? Jetzt dürfen Sie einmal wählen. Herr Dr. Alter bitte.

Dr. Rolf Alter: Ich würde gerne nur auf zwei Fragen eingehen, die gestellt worden sind. Das ist insbesondere die Frage, ob es die große Lösung gibt und was wir mit dieser Idee von Frau Merkel machen. Lassen Sie mich noch eine Sache sagen zu der großen Lösung. Ich glaube - ich nehme an, dass auch Sie das aus diesem Gespräch entnehmen -, dass es nicht die eine Lösung geben wird. Und ich glaube auch nicht, dass es eine Lösung gibt, wo nicht Nationalstaaten - wie Sie sagen - und internationale Organisationen im Wechselspiel sind. Man wird sich nicht nur auf das Eine verlassen können; nur Nationalstaaten werden es in einer globalisierten Wirtschaft nicht schaffen. Aber zu sagen, dass internationale Organisationen die notwendige Durchsetzungskraft hätten, das ist glaube ich auch eine Illusion. Die Kombination muss es sein.

Das Zweite. Sie haben gefragt, Frau Lötzer, was denn große Prinzipien sind, die wir gerne verfolgen würden. Ich glaube, dass man den Ordnungsrahmen, den man im Ansatz von einer Charta, wie sie Frau Merkel dargestellt hat, einmal durchdenken und weiterverfolgen sollte. Und ich sage das vielleicht mit etwas mehr Betonung als der Herr Dr. Dieter, der jetzt leider gegangen ist. Wenn Sie sagen, es muss stabil

sein, es soll fair sein, es soll sauber sein in mehreren Hinsichten und wenn Sie sich vorstellen, dass alle diese Prinzipien in einem Kreis diskutiert werden sollen, wie das in London der Fall sein wird, mit 20, 22 Ländern, mit ganz unterschiedlicher Ausrichtung, politischem Hintergrund usw., dann glaube ich nicht, dass das ein so einfacher Schritt sein wird. Und deswegen würde ich sagen, es ist ein langfristigeres Unterfangen. Es ist eines, in dem man vielleicht dadurch, dass man das zusammen entwickelt und nicht einseitig, ein gewisses Verständnis für die Interpretation solcher Prinzipien schafft.

Ich glaube, es ist kein Zufall, dass wir, als wir uns von der OECD angeschaut haben, welche Sachen, welche Instrumente, welche Standards es gibt, diese fünf Organisationen zusammengebracht haben, nämlich die ILO, wie Sie richtig sagen, Herr Fritz, der Internationale Währungsfonds, die OECD, die Weltbank und die Welthandelsorganisation. Das ist eine Momentaufnahme. Das sagt, was besteht. Ich glaube, dass Sie da eine reiche Auswahl von Standards haben, die man natürlich dann in einem solchen Prozess testen muss. Wie passen die zusammen, welche Bedeutung haben sie?

Die Frage der Durchsetzbarkeit, die gestellt worden ist, ist in gewisser Weise fundamental. Ich glaube, dass man sich nicht darauf verlassen können wird, wie das hier auch gesagt worden ist, dass man ein Regelwerk fast gesetzlicher Natur schaffen könnte. Aber ist es notwendig? Man muss sich fragen, ob wir das brauchen. Brauchen wir nicht Akteure, die auf der nationalen Ebene sind? Die sich aber nach Prinzipien richten, die sie sich gemeinsam überlegt haben. Der Peer-Review, die Diskussion unter Gleichgesinnten, das wäre ein wirksames Instrument. Ich glaube nicht, dass man nur daran denken muss, Regeln zu schaffen, für die es auch sofort einen Sanktionsmechanismus geben muss. Denn man kann vielleicht auch ein anderes Modell versuchen, was wir im Prinzip jeden Tag tun, nämlich untereinander herauszufinden, wie weit man Konzepte annähern kann, um sie dann in die nationale Diskussion zu bringen und dort in nationalstaatliches Verhalten umzusetzen. Das klingt viel schwächer. Die Realität hat aber gezeigt, dass dies ein guter Koordinationsmechanismus ist, solange man eine weitergehende Lösung nicht verfolgen kann. Danke schön.

Der Vorsitzende: Professor Enderlein.

Prof. Dr. Henrik Enderlein: Drei ganz kurze Punkte. Sie haben beide die Frage aufgeworfen, Frau Schuster und Sie, Herr Vorsitzender, wie man jenseits des Nationalstaates regieren kann. Welches Mandat braucht man dafür und welche Mechanismen für Global Governance kennen wir überhaupt? Ich glaube, es gibt zwei große Möglichkeiten. Die eine ist, über große Gremien zu handeln. One member -

one vote oder prozentual abgestufte Stimmrechte nach Reichtum oder Bevölkerung. Die zweite ist der Delegationsmechanismus. Die Delegation von Souveränität. Wir sind im ganzen Feld der internationalen Organisationen irgendwo in einem Kontinuum zwischen diesen beiden Extremen.

Wenn ich sage, dass ich mir eine supranationale Organisation oder Instanz wünsche, dann weiß ich, dass das sehr schwer ist, sie mit einem rechtlich bindenden Mandat auszustatten. Aber oft haben diese Institutionen oder Organisationen ein Eigenleben entwickelt. Wir kennen das von der EU-Kommission, die sich nach einer zehnfünfjährigen Phase plötzlich in ein wirklich eigenständiges Gremium, in eine Instanz, die dann auch supranational handeln konnte, transformiert hat. Und ich glaube, die Bereiche, in denen wir erfolgreich waren, vor allem im europäischen Kontext, zeigen, dass zumindest der Aufbau einer supranationalen Instanz dann auch Partabhängigkeiten schafft, die supranationales Regieren möglich macht. Ich glaube nicht, dass man der Europäischen Zentralbank vorwerfen würde, im Interesse eines bestimmten Nationalstaates zu handeln. Wir würden das auch bei EU-Kommission nicht tun. Bei manchen anderen Organisationen - der Bezug Treasury zu Weltbank und IWF ist aufgetaucht – würden wir das eher tun, aber da gibt es das System der Exekutivdirektoren und nicht diese stärkere Unabhängigkeit, wie wir sie in anderen Instanzen haben.

Zum zweiten Punkt, Charta der Nachhaltigkeit, Frau Lötzer oder das, was auch von anderen angesprochen worden ist. Ich glaube nicht daran. Ich glaube, in einer Krise sollte man pragmatisch handeln und nicht visionär. Wenn ich hart bin, sage ich immer, wenn das Haus in Flammen steht, sollte man nicht über die Architektur diskutieren. Ich glaube, dass wir mittelfristig eine solche Diskussion brauchen. Das ist absolut richtig. Ich unterstütze Sie da auch voll. Aber ich glaube, wir machen heute viel kaputt, wenn wir die knappe Zeit der Staats- und Regierungschefs für eine semantische Diskussion missbrauchen. Entweder die Charta ist am Ende so inhaltsleer, dass alle ihr zustimmen. Oder sie hat ihren Zweck nur dann erfüllt, wenn - das ist ein alter Satz - mindestens ein Mitglied mit mindestens einem Satz in der Charta nicht übereinstimmen kann. Also wenn jedes Mitglied mit mindestens einem Satz in der Charta nicht übereinstimmen kann. Und das geht nicht so schnell. Das wissen wir auch aus dem europäischen Prozess.

Weltwirtschaftsrat. Auch da bin ich sehr skeptisch. Ich glaube nicht, dass wir das an die Vereinten Nationen andocken sollten. Ich glaube auch, dass außer Frau Merkel ECOSOC niemand so richtig kennt. Insofern glaube ich, wir sollten mit den Gremien oder Instanzen operieren, die zumindest eine gewisse Reputation haben. Das ist für mich in allererster Linie der G-7-, G-8-Kontext. Ein Sekretariat, eine unabhängige

Stimme an der Spitze und dann machen wir vielleicht mehr richtig als mit einem Weltwirtschaftsrat. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank.

Dr. h.c Susan George: Thank you. Okay, dann sage ich noch was. Vor zwei Jahren hat sich keine offizielle Stelle mit dieser Frage beschäftigt. Und ich fürchte, dass es in zwei Jahren mit weiteren Beweisen der unumkehrbaren Entwicklung des Klimas vielleicht Diskussionen geben wird. Wir sorgen uns dann, warum wir diese Diskussion nicht schon vor Jahren geführt haben. Deutschland ist hier das am weitesten fortgeschrittene Land in Europa. Es tut mir leid, wenn ich so obszessiv klinge, aber bei diesem Thema glaube ich zutiefst daran, dass wir die Klimakrise nutzen können, um die Krise der Finanzwelt und der Ungleichheit zu lösen.

Das können wir auf verschiedene Art und Weise machen. Eine Möglichkeit besteht darin anzuerkennen, dass nicht vielleicht in diesem Land, aber anderswo in der Welt etwa 5.000 Milliarden Dollar bereits in das Finanzsystem zugeschossen worden sind. Die Steuerzahler haben im Austausch nichts bekommen und das Kreditsystem ist immer noch eingefroren. Also sollten wir das schreckliche Wort einmal aussprechen: Nationalisierung oder Verstaatlichung.

Oder was auch immer Sie sagen wollen. Wir sollten den Banken sagen, von jetzt an leihen sie Geld an ökologische Projekte, an Klein- und Mittelbetriebe, an Haushaltsvorstände, die schon jetzt etwas vorhaben. Also, dass sie ihr Land, was sie in Deutschland schon machen, energieneutral umbauen wollen. Dass wir Arbeitsplätze geschaffen sehen wollen. Das ist die größte Quelle für Arbeitsplätze, die je entdeckt wurde. Und auf diese Art und Weise können wir auch aus der Finanzkrise herauskommen, weil es ein keynesianischer Traum ist. Wir brauchen diesmal keinen Krieg. Das letzte Mal hatten wir den New Deal und den Krieg. Und dann hat es geklappt. Die Amerikaner, nebenbei bemerkt, haben ihre Wirtschaft innerhalb von zwei Jahren umgebaut. Wir brauchen diesmal keinen Krieg. Wir können ein keynesianisches Programm haben, ein soziales Programm, und können eine ganze Menge der Probleme zum Thema Ungleichheit und Ungleichgewichte lösen. Denn wir würden die Banken zwingen können, das zu machen, was momentan für den Arbeitsmarkt richtig ist. Wir haben nur wenig Zeit zur Verfügung, um eine Situation zu verhindern, die irreversibel ist. Ich will die wirtschaftlichen Daten hier gar nicht auf den Tisch legen. Alles läuft sehr viel schneller ab, als einmal angenommen wurde. Wir sollten also nicht in die Situation geraten, in zwei Jahren zu sagen, warum haben wir das nicht schon vor Jahren diskutiert. Warum haben wir uns nicht damit beschäftigt, als noch Zeit dafür war. Tut mir leid, dass ich so obszessiv klinge, aber danke, dass Sie mir gestattet haben, dies noch einmal zu sagen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Dr. George. Ich kann Ihnen versichern, dass wir auch schon vor zwei Jahren an diesem Thema gearbeitet haben. Aber dass wir nicht in der Lage sind, aus dem Bundestag heraus die Welt in einem Ruck zu verändern. So, das letzte Wort hat jetzt Herr Dr. Solte.

Dr. Dirk Solte: Ja, viel mehr wollte ich nicht. Der entscheidende Punkt ist, wie man das durchsetzt. Ihr Ansatz ist ja der, dass man international etwas verabredet, darüber abstimmt und jeder das dann macht, weil man es für vernünftig hält. Genau das hat uns den Schlamassel eingebrockt, den wir gerade haben. Ich sage Ihnen ein Beispiel, nämlich das Beispiel aus 1970, als diese Probleme aufkamen mit Finanzsystemen. Dann wurde einseitig Bretton Woods aufgelöst, und wir haben gesagt, wir machen – auch in Folge der Pleiten, die wir gesehen haben - diesen Basel-Akkord. Und wir verabreden international dann auch den Basel II. Und dann waren die Amerikaner, die den Basel-II-Akkord angestoßen haben, doch der Meinung, dass sie das erst einmal einen gewissen Zeitraum aussetzten. Es kam zu diesen ganzen Deregulierungen mit dem erwähnten Absetzen des Glass-Steal-Akt, Glemm Bleach Bly Act usw. Mit den ganzen Möglichkeiten, die Hebelgeschäfte aufzufangen ohne Ende. Ich kann Ihnen das Thema auch noch mit dem Fair-Value-Accounting usw. in diesem Zusammenhang erläutern, aber das lassen wir. Ich glaube jedenfalls nicht, dass dieser Weg wirklich Erfolg hat.

Die Frage ist wenn, ob man einen Durchsetzungsmechanismus hinbekommt. Welche Standards usw. da sind, bringt uns eigentlich auch zu dem Punkt, in welcher Situation wir im Hinblick auf diese Standards sind. Und zwar sage ich das deshalb, weil wir uns am Limit befinden. Das ist in der Vergangenheit anders gewesen. Wir haben immer über Umwelt reden können, wir waren aber noch nicht am Limit. Wir haben zwar vor 35 Jahren eine Warnung bekommen, dass wir uns demnächst am Limit befinden. Jetzt sind wir am Limit und das wissen wir. Wir wissen auch mittlerweile, dass wir im Geldsystem am Limit sind. Das spüren wir. Wir wissen auch, dass wir im Bereich der Verschuldungssituation der öffentlichen Hände am Limit sind. Was man jetzt gehofft hat, hier Keynes zu sein und nur die Frage zu stellen, jetzt müssen wir das eben alles machen und dann ist es mehr oder weniger ein Umverteilungsproblem, das geht gar nicht. Denn vom Geldsystem sind wir so am Limit, dass eine erneute Verschuldung der öffentlichen Hände nicht klappt.

Das bringt mich zu dem Punkt, dass wir letztendlich an einem Entscheidungspunkt angekommen sind. An einem tipping point. Das heißt, hier passiert etwas. Es wird definitiv etwas passieren und die Frage ist, ob wir nur eins dieser Problemdimensionen lösen. Dann krachen uns die anderen herunter. Und das ist dann die Zukunft. Und das ist das, wo ich meine Hoffnung herausziehe, selbstverständlich ist das

in Teilen Vision, was ich gesagt habe. Aber es gibt ja auch solche Sprüche, nämlich dass das Richtige zu erreichen manchmal eben eine Vision braucht. Aus meiner Sicht können tipping points, können nahchaotische Situationen, wie wir sie jetzt haben, tatsächlich sogar erreichen, dass Visionen wahr werden, wenn man da einen pragmatischen Weg wählt. Und da hoffe ich mit einer Wahrscheinlichkeit von 35 Prozent drauf. 65 Prozent gebe ich dem anderen.

Und die Frage ist, ob es überhaupt einen Ansatz gibt, das alles zu erreichen, was Sie gesagt haben, Herr Fritz. Aus meiner Sicht kann die Problemlösung ganz einfach darin bestehen, das alles miteinander zusammenzuführen. Und zwar Sozialstandards, Umweltstandards, auch die Standards bei Besteuerung genauso wie die Standards für Banken usw. betreffen letztendlich die Verfahren zur Herstellung von Waren und Gütern. Das kann man in einer sehr prinzipiellen Sichtweise als Verfahren oder als Frage der Verfahren der Herstellung von Waren und Gütern sehen. Und wenn man das so interpretiert, dann ist die WTO der Ort, der heute effiziente Durchsetzungsmechanismen hat. Wenn die dazu führen, dass wir einen Wettlauf nach unten machen, was ich bei den Qualitätsstandards bisher nicht gesehen habe, ist es auch egal. Dann landen wir aber nichtsdestotrotz hinterher auf einem Sockel von harmonisierten Standards. Und der gesunde Menschenverstand wird uns dazu führen, diese Standards weiter auszubauen und fortzudefinieren. Wir hätten aber einen funktionierenden Mechanismus.

Nur das muss man hinkriegen und dafür muss man aus meiner Sicht Verfahrensstandards anbieten. Man muss die Grundlagen dafür kofinanzieren, wie in der Europäischen Union und zwar als Konjunkturprogramm und für Aufholprozesse - das haben wir auch von Frau Dr. George gehört -, aber ohne die nationalen Budgets zusätzlich zu belasten und dabei auch noch das Geldsystem zu stabilisieren. Ich weiß zumindest, dass es einen Vorschlag dazu gibt. Beliebige viele andere Vorschläge sind natürlich willkommen. Dann beschäftigt man sich. Daraus ziehe ich meine Hoffnung, dass man zu 35 Prozent Wahrscheinlichkeit eine Chance hat. Aber bei 65 Prozent bin ich bei Ihnen, nämlich dass wir in irgendeiner Form in einer völlig brasilianisierten Welt oder im Kollaps landen. 80 Jahre nach 1930 wiederholt sich dann die Geschichte. Und ich will das nicht, für meine Kinder nicht. Danke.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, meine Damen und Herren. Ich bedanke mich noch einmal sehr ausdrücklich und sehr herzlich bei Ihnen für die Zeit, für die Vorbereitung, für die Beiträge. Wir haben natürlich irgendwo gezeigt, dass es allemal leichter ist, gemeinsam viele Fragen zu entwickeln, als Antworten zu finden, aber ein paar gute Ansätze haben wir heute Nachmittag doch gehört. Man kann sich über die unterschiedlichen Vorgehensweisen sehr streiten. Herr Enderlein, ich habe in den

letzten Tagen mehrfach mit Leuten gesprochen, die gesagt haben, jetzt lass uns ganz pragmatisch an den dringendsten Problemen arbeiten. Und wenn das fertig ist, dann überlegen wir, wie wir denn mit dem ganzen System weiter kommen. Ich glaube, diese Unterscheidung kann man nicht machen. Wer jetzt in den pragmatischen Notwendigkeiten nicht gleichzeitig eine Vorstellung hat, dass man auch darüber hinausgehen muss und weitere Ziele verfolgen muss, und dass da ein Sinn in das Ganze kommen muss, dann wird es bei der Umsetzung der Einzelmaßnahmen ganz schnell an den Punkt kommen, wo wieder irgendjemand einen Vorteil sieht, wenn nichts geschieht. Und schon ist die gemeinsame Bereitschaft, die wir jetzt an vielen Stellen spüren, schon wieder zu Ende. Aber das kann man ohnehin nicht jetzt per Definition anders festlegen.

Aber das ist eine der spannenden Diskussionen, die wir zur Zeit haben. Ich glaube, dass deutlich geworden ist, dass es wahrscheinlich die Überorganisation nicht geben wird. Und dieser Vorschlag mit der Charta und mit dem Weltwirtschaftsrat, das halte ich mehr für eine diskussionsleitende Fragestellung. Dass man einfach mal was in die Welt setzt, woran man sich abarbeiten kann und dann vielleicht zu ganz anderen Ergebnissen kommt. Ich würde es zumindest immer wieder in Diskussionen so machen, weil man sonst die Aufmerksamkeit für diese Dinge nicht bekommt. Und dass sehr wohl Bedarf besteht zwischen den Organisationen zu mehr Koordination, zu mehr Kooperation zu kommen. Zu sehen, wo die Kohärenz dichter wird. Wo nationales Handeln und Gruppenhandeln regional, wie auch in der Konstellation von Staaten und Mächten mehr die Frage des gemeinsamen Zieles, auch im Sinne von Werthaltigkeit, eine Zielvorstellung verfolgt werden muss. Das ist, glaube ich, klar.

Wir werden uns das mal ganz genau anschauen, was Sie alles heute Nachmittag von sich gegeben haben. Und dann hoffen wir, dass wir daraus wieder einen Schritt in unserer Diskussion weiterkommen. Ich hoffe, Sie fühlen sich nicht schlecht behandelt, weil wir a) keine Pause gemacht haben, und b) keine Schnittchen auf dem Tisch standen und ähnliches. Ich kann nur noch mal von Herzen vielen Dank sagen. Und wenn Sie gestatten, werden wir auch Wege finden, in Kontakt zu bleiben und vielleicht die eine oder andere Frage an Sie auch noch nachzureichen. Also Sie zu bitten, zu dem einen oder anderen noch mal Stellung zu nehmen, was wir uns ausdenken. Ich bedanke mich sehr und schließe die Anhörung mit einer Verzögerung von 19 Minuten, was im Vergleich zu dem Gegenstand, den wir behandelt haben, wohl eher unwesentlich ist. Also alles Gute.

Erich G. Fritz

Vorsitzender